

Unternehmertum von Personen mit Migrationshintergrund in Frankfurt am Main

Bericht im Rahmen des europäischen Städtenetzwerkes CLIP:
Cities for Local Integration Policies

Doris Lüken-Klaßen und Franziska Pohl

europäisches forum für migrationsstudien (efms),
Universität Bamberg



Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen

STUTTGART



STADT  FRANKFURT AM MAIN

Unternehmertum von Personen mit Migrationshintergrund in Frankfurt am Main

Doris Lüken-Klaßen und Franziska Pohl

Bamberg, März 2010

europäisches forum für migrationsstudien (efms)

Institut an der Universität Bamberg

Katharinenstraße 1

D-96052 Bamberg

Telefon +49-951-932020-0

Fax +49-951-932020-20

efms@uni-bamberg.de

<http://www.efms.de>



Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1 Einleitung	5
2 Frankfurts Bevölkerung	6
3 Die lokale Wirtschaft in Frankfurt	8
3.1 Historische Entwicklung der Wirtschaft und jüngste Trends	8
3.2 Frankfurts Erwerbsbevölkerung.....	11
3.3 Entwicklung der KMUs und aktuelle Trends	15
4 Charakteristika des Unternehmertums von Migranten	18
4.1 Entwicklung des Unternehmertums von Migranten und aktuelle Trends	18
4.2 Märkte und Wettbewerbssituation von Migrantenunternehmen	23
4.3 Besitzstrukturen und Arbeitsbeziehungen in Migrantenunternehmen	24
4.4 Gründe für den Schritt in die Selbstständigkeit	26
4.5 Probleme und Barrieren	27
5 Politiken, Gesetze und Vorschriften	29
5.1 Gesetze und Vorschriften	29
5.2 Frankfurts politische Strategie	32
5.3 Lokale Aktivitäten	35
6 Fazit: Herausforderungen und Empfehlungen	41
Bibliographie	44
Interviewpartner	47



Abbildungsverzeichnis

<i>Abbildung 1: Frankfurt</i>	6
<i>Abbildung 2: Migrationshintergrund der Frankfurter Bevölkerung (2008)</i>	7
<i>Abbildung 3: Frankfurts ausländische Bevölkerung (2008)</i>	7
<i>Abbildung 4: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nach Sektoren (1978-2008)</i>	10
<i>Abbildung 5: Beschäftigungsintensive Branchen (2007)</i>	11
<i>Abbildung 6: Bevölkerung nach Altersgruppen und Migrationshintergrund (2008)</i>	12
<i>Abbildung 7: Erwerbsbevölkerung nach Migrationshintergrund (2008)</i>	13
<i>Abbildung 8: Personen im erwerbsfähigen Alter nach Beschäftigungsstatus (2007)</i>	14
<i>Abbildung 9: Beschäftigte nach Sektoren und Staatsangehörigkeit (2008)</i>	15
<i>Abbildung 10: Frankfurter Unternehmen nach der Anzahl ihrer Mitarbeiter (2008)</i>	16
<i>Abbildung 11: Ausländische Unternehmen nach Nationalität (2008)</i>	20
<i>Abbildung 12: Neugründungen nach Staatsangehörigkeit (2008)</i>	21
<i>Abbildung 13: Migrantenunternehmen nach Sektoren (2008)</i>	22
<i>Abbildung 14: Migrantenunternehmen nach Nationalität und Sektoren (2008)</i>	23
<i>Abbildung 15: Broschüre über Migrantenunternehmer</i>	38
<i>Abbildung 16: IUBA - Internationale Unternehmen bilden aus</i>	40



Vorwort

Europäische Städte, insbesondere große Städte mit starker Wirtschaft, locken Zuwanderer¹ aus aller Welt an, wodurch ihre Bevölkerungsstrukturen zunehmend ‚bunter‘ werden. Einerseits haben Städte die Chance, von dieser Bereicherung durch Zuwanderung zu profitieren. Andererseits haben sie auch die Herausforderung zu bewältigen, kulturell und ethnisch heterogene Bevölkerungsgruppen in die kommunale Gesellschaft zu integrieren und den Zusammenhalt der Bevölkerung zu gewährleisten.

Um die Bewältigung dieser Herausforderungen europaweit zu unterstützen, gründeten der Kongress der Gemeinden und Regionen des Europarats, die Stadt Stuttgart und die Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) im Frühjahr 2006 das Städtenetzwerk ‚Cities for Local Integration Policies‘ (CLIP). Das CLIP-Netzwerk bringt rund 30 europäische Städte zu einem gemeinsamen Lernprozess zusammen: Mittels eines strukturierten Erfahrungsaustauschs können diese von- und miteinander lernen und somit effektivere Integrationspolitiken umsetzen. Der Lernprozess wird von Wissenschaftlern aus sechs renommierten Forschungsinstituten begleitet.² Diese erheben Daten mittels eines standardisierten Fragebogens, werten amtliche Statistiken aus, führen qualitative Experteninterviews vor Ort durch und erstellen auf der Basis dieser Informationen eine Fallstudie für jede Stadt – wie diesen Bericht über Unternehmertum von Migranten in Frankfurt.³

Die vorliegende Studie hätte nicht ohne die Unterstützung der lokalen Akteure geschrieben werden können. An dieser Stelle sind vor allem Helga Nagel, Ulrike Dimpl und Anne Comfère vom Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) zu nennen. Sie unterstützten uns bei der Datensammlung und organisierten die Interviews mit lokalen Experten wie Vertretern der Stadt und anderer öffentlicher Einrichtungen, der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV), Gewerkschaften und Kammern sowie Unternehmern mit Migrationshintergrund. Wir danken all jenen, die wertvolle Informationen für diese Studie bereitgestellt haben. Des Weiteren richtet sich unser Dank an Friedrich Heckmann, Josef Kohlbacher und Daniel Molinuevo für ihre Anmerkungen zu diesem Bericht.

Doris Lüken-Klaßen und Franziska Pohl

Bamberg, März 2010

¹ Zur besseren Lesbarkeit wird auf die zusätzliche Verwendung der weiblichen Form verzichtet, gemeint sind immer beide Geschlechter.

² Das *europäische forum für migrationsstudien* (efms) in Bamberg, das *Institute for Migration and Ethnic Studies* (IMES) in Amsterdam, das *Institut für Stadt- und Regionalforschung* (ISR) in Wien, das *Forum of International and European Research on Immigration* (FIERI) in Turin, das *Institute of International Studies* in Wrocław sowie das *Centre for Migration Policy Research* (CMPR) in Swansea.

³ Das Copyright für diesen Bericht liegt bei Eurofound: © European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions, 2010, Wyattville Road, Loughlinstown, Dublin 18, Irland.



1 Einleitung

Viele größere Städte Europas bekamen in den letzten Jahrzehnten des 20. und den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts ein kosmopolitischeres Erscheinungsbild.⁴ Dies spiegelt sich in der sich erweiternden Produktpalette wider, die heute nicht nur Mobiltelefone von Nokia, Hamburger von McDonald's oder Turnschuhe von Nike beinhaltet, sondern auch türkische Döner, griechisches Essen oder russische Import-Export-Geschäfte. Zudem werden verschiedenste Unternehmen wie Handwerksbetriebe, Versicherungsagenturen und Anwaltskanzleien von Migranten betrieben.

Die Unternehmer mit Migrationshintergrund und die teilweise exotischen Produkte in ihren Geschäften verdeutlichen die sich verdichtenden Beziehungen zwischen den einzelnen Volkswirtschaften. Diese gut sichtbaren Aspekte der Globalisierung – die internationale Mobilität von Kapital und Arbeitskräften – sind oft direkt miteinander verbunden, da es häufig die Migranten selbst sind, die ihre Produkte in weit entfernten Städten einführen: Sie gründen Unternehmen in den Ländern, in die sie einwandern, und werden so zu ‚Selbständigen‘, ‚Migrantenunternehmern‘ oder ‚Unternehmern mit Migrationshintergrund‘.

Obwohl eine stetig wachsende Zahl an Migranten Unternehmen gründet, sind diese noch immer „unbesungene Helden“ (vgl. BusinessWeek Online 2000). Migranten wurden sozio-ökonomisch lange lediglich als Arbeiter und nicht als Unternehmer betrachtet und vornehmlich als Quelle billiger, gering qualifizierter Arbeitskraft dargestellt. Erst seit Kurzem wird einige Aufmerksamkeit auf Migranten gerichtet, die unternehmerisch tätig werden. Diese beruht auf der steigenden Bedeutung von Migrantenunternehmern für die lokale Wirtschaft: Indem sie eigene Unternehmen gründen, gestalten selbständige Migranten aktiv ihr Schicksal und revitalisieren Wirtschaftsbereiche; sie schaffen für sich und andere Arbeitsplätze, zahlen Steuern, bieten Produkte und Dienstleistungen an (von denen einige sehr wahrscheinlich nicht von einheimischen Unternehmern angeboten werden) und tragen diverse Formen sozialen Kapitals zur lokalen Wirtschaft und Gemeinschaft bei.

Das Ziel dieser CLIP-Studie ist es, die Entwicklung des Unternehmertums von Personen mit Migrationshintergrund zu untersuchen und sichtbar zu machen sowie die Rolle von intervenierenden Politiken zu analysieren. Zentrale Forschungsfragen des CLIP-Team sind: Was sind die Charakteristika der städtischen Wirtschaft? Was sind die Charakteristika von Migrantenunternehmern? Welche Politiken und Gesetze fördern und regulieren den Sektor der kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) im Allgemeinen und Migrantenunternehmen im Besonderen? Diese drei Forschungsfragen werden in den Kapiteln drei, vier und fünf erörtert; zunächst erfolgt eine kurze Darstellung der Stadt und ihrer Bevölkerung.

⁴ Die Einleitung der Studie basiert auf dem Konzeptpapier dieses CLIP-Moduls (vgl. Rath 2009).



2 Frankfurts Bevölkerung

Die hessische Großstadt Frankfurt am Main ist Deutschlands fünftgrößte Stadt. Im Dezember 2008 hatte sie 672.667 Einwohner (Stadt Frankfurt 2009e). Von diesen hatten 641.153 Personen ihren Hauptwohnsitz und 31.514 Personen ihren Zweitwohnsitz in der Stadt.

Abbildung 1: Frankfurt



Quelle: Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH 2009

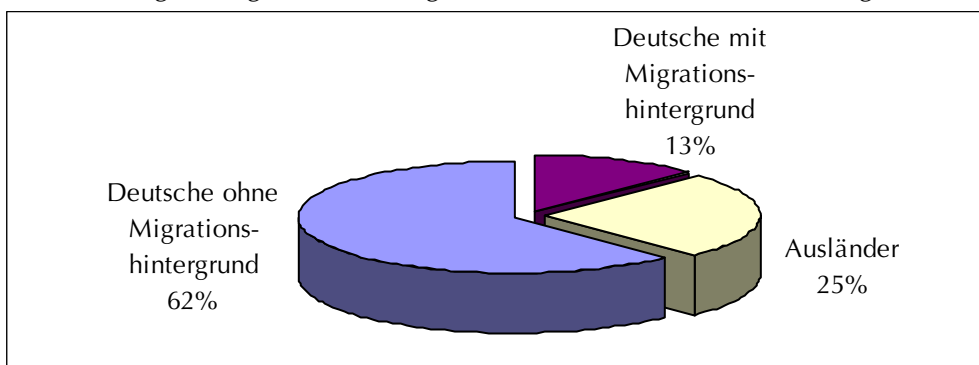
Frankfurt hat eine lange Zuwanderungstradition. In den 1960er und den frühen 1970er Jahren war die Stadt eines der wichtigsten Ziele für Gastarbeiter. Die meisten Arbeitsmigranten kamen aus Italien, Spanien, Griechenland, Jugoslawien und der Türkei. Der Anwerbestopp von 1973 beendete die Gastarbeiterzuwanderung. Viele der Arbeiter beschlossen zu der Zeit, nicht in ihre alte Heimat zurückzukehren, sondern sich in Frankfurt niederzulassen und ihre Familien zu sich zu holen. Die Familienzusammenführung wurde zur wichtigsten Form der Zuwanderung und blieb es bis heute. In den 1990er Jahren waren Spätaussiedler aus der früheren Sowjetunion, Kriegsflüchtlinge aus dem ehemaligen Jugoslawien und Asyltragssteller die drei größten Zuwanderergruppen.

Dank dieser Zuwanderungsprozesse hat die Stadt einen hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund.⁵ Diese Gruppe beinhaltet Ausländer (Personen ohne deutsche Staatsangehörigkeit), Personen mit doppelter Staatsangehörigkeit, eingebürgerte Deutsche und Spätaussiedler (vgl. Stadt Frankfurt 2009e: 7). Insgesamt haben 242.650 Einwohner Frankfurts einen Migrationshintergrund, was einem Anteil von 38% an der Gesamtbevölkerung im Jahr 2008 entspricht. Unter ihnen sind 161.397 Ausländer, die somit ein Viertel der Gesamtbevölkerung ausmachen, und 81.253 Deutsche mit Migrationshintergrund, die 13% der Einwohner Frankfurts stellen (vgl. Stadt Frankfurt 2009e: 17).

⁵ In den Statistiken der Stadt werden diese oftmals als Personen mit Migrationshinweis bezeichnet.



Abbildung 2: Migrationshintergrund der Frankfurter Bevölkerung (2008)

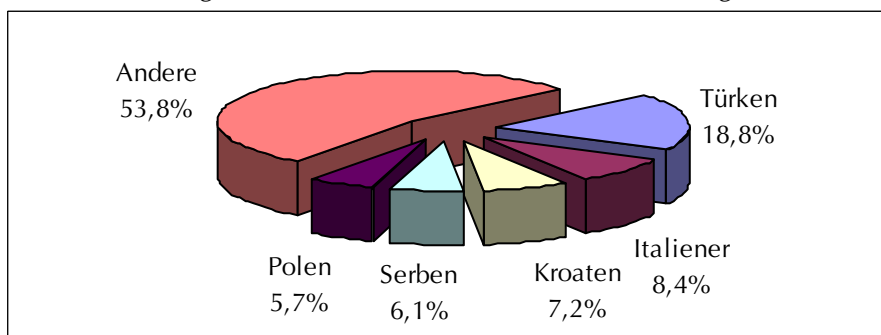


Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten der Stadt Frankfurt 2009e: 17

Die städtische Bevölkerung mit Migrationshintergrund wird durch eine große Vielfalt an ethnischen Gruppen und Nationalitäten charakterisiert. Die Einwohner Frankfurts stammen aus 175 verschiedenen Staaten. Da das städtische Amt für Statistik jedoch erst vor kurzem begonnen hat, Daten über die Bevölkerung mit Migrationshintergrund zu sammeln, gibt es lediglich Informationen über die Herkunftsländer der ausländischen Bevölkerung.

Wie Abbildung 3 zeigt, bilden türkische Staatsangehörige mit einem Anteil von 18,8% an der ausländischen Bevölkerung Frankfurts die größte Gruppe. Ihnen folgen Italiener (8,4%), Kroaten (7,2%), Serben (6,1%) und Polen (5,7%) (vgl. Stadt Frankfurt 2009e: 37).

Abbildung 3: Frankfurts ausländische Bevölkerung (2008)



Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten der Stadt Frankfurt 2009e: 37

Viele Ausländer leben schon sehr lange in Frankfurt. Mehr als ein Drittel der städtischen Migrantenbevölkerung über 18 lebt seit mehr als 15 Jahren in der Stadt (im Jahr 2004). Insbesondere unter Migranten aus Kroatien und der Türkei ist der Anteil der ‚Langzeitfrankfurter‘ mit 62% bzw. 54% sehr hoch (vgl. Stadt Frankfurt 2004: 165).

In Frankfurt lebende Ausländer sind im Durchschnitt jünger als die deutschen Einwohner: Das Durchschnittsalter der städtischen Bevölkerung liegt bei 41,5 Jahren (im Jahr 2008). Für deutsche Einwohner beträgt es 42,5 Jahre, während Ausländer im Durchschnitt 38,5 Jahre alt sind (vgl. Stadt Frankfurt 2009a).



Zuwanderung hat nicht nur einen Einfluss auf die ethnische Zusammensetzung in Frankfurt, sondern auch auf die religiöse Zusammensetzung der Bevölkerung. Es gibt jedoch nur wenig Zahlen über die Größe einzelner religiöser Gemeinden, da deutsche Behörden lediglich die Mitgliedschaft in Körperschaften des öffentlichen Rechts erfassen, die ihre Steuern über den Staat einziehen. In der Praxis erfassen die meisten Kommunen – wie auch Frankfurt – daher lediglich die Zugehörigkeit zur katholischen und evangelischen Kirche; Angehörige anderer Religionen werden in der Regel unter ‚Sonstige‘ registriert.⁶ Letztere machen in Frankfurt mehr als die Hälfte der Einwohner aus: 54% der Bevölkerung. 21,9% der Einwohner gehören der evangelischen, 24,1% der katholischen Kirche an. Die Zahlen unterscheiden sich stark hinsichtlich der Nationalität: 27% der deutschen Bevölkerung Frankfurts sind evangelisch, 21,9% katholisch und 51,1% gehören keiner oder einer anderen Religion an. Von der ausländischen Bevölkerung sind im Gegensatz dazu lediglich 2,2% evangelisch und 27,5% katholisch, während die große Mehrheit (70,3%) keiner oder einer anderen Religionsgemeinschaft angehört (vgl. Stadt Frankfurt 2009e: 18; Lüken-Klaßen/Pohl 2010: 12/13).⁷

Die Heterogenität der Frankfurter Bevölkerung spiegelt sich auch in den Charakteristika der städtischen Erwerbsbevölkerung und der lokalen Wirtschaft wider, wie die folgenden Kapitel zeigen werden.

3 Die lokale Wirtschaft in Frankfurt

Die nachfolgenden Kapitel untersuchen die Charakteristika der Frankfurter Wirtschaft, beginnend mit einem Überblick über die historische Entwicklung und jüngste Trends. Diesem folgen eine Analyse der städtischen Erwerbsbevölkerung sowie der Entwicklungen und aktuellen Trends bei kleinen und mittleren Unternehmen (KMUs).

3.1 Historische Entwicklung der Wirtschaft und jüngste Trends

Die Wirtschaft Frankfurts wurde schon immer von Finanzdienstleistungen, der Börse und dem Handel bestimmt. Erste Banken wurden bereits zu Beginn des 15. Jahrhunderts gegründet; die Börse entwickelte sich im 16. Jahrhundert. Frankfurt ist heute international als Deutschlands führendes Finanzzentrum bekannt. Mehr als 370 nationale und internationale Banken, unter ihnen die Europäische Zentralbank (EZB) und die Deutsche Bundesbank, haben ihren Sitz in der Stadt. Frankfurt hat zudem eine lange Tradition in der Veranstaltung von Messen, beispielsweise die Frankfurter Buchmesse oder die Internationale Automobil-

⁶ Neben der katholischen und evangelischen Kirche sind auch verschiedene kleine christliche Gemeinden, die Zeugen Jehovas und der Zentralrat der Juden in Deutschland Körperschaften des öffentlichen Rechts. Deren Mitglieder werden in der Regel aber nicht separat erfasst.

⁷ In absoluten Zahlen ausgedrückt: 111.743 Deutsche sind katholisch, 137.412 evangelisch und 230.601 gehören keiner oder einer anderen Religion an; 42.476 Ausländer sind katholisch, 3.142 evangelisch und 115.779 gehören keiner oder einer anderen Religion an.



Ausstellung, welche jährlich stattfinden und vom drittgrößten Messegelände der Welt profitieren. Des Weiteren besitzt Frankfurt eine ausgezeichnete Infrastruktur, inklusive wichtigen Schienenverkehrs- und Autobahnknotenpunkten und Europas größtem Flughafen. Dank seiner Infrastruktur und zentralen Lage zählt Frankfurt zu den führenden Standorten für Unternehmen in Europa.

Abgesehen von den Banken beheimatet die Stadt auch rund 400 Werbeagenturen, 170 Versicherungen und 100 Verlage (vgl. Stadt Frankfurt 2010b). Einem während des CLIP-Städtebesuchs interviewten Experten der Wirtschaftsförderung Frankfurt zufolge sind die drei größten Arbeitgeber in der Stadt die Fluggesellschaft Lufthansa (etwa 28.000 Beschäftigte), der Flughafen Fraport (etwa 15.000 Beschäftigte) und die Deutsche Bahn (etwa 8.500 Beschäftigte). Einige größere Unternehmen haben Frankfurt jedoch verlassen und sind ins Umland gezogen, da manche umliegende Städte niedrigere Gewerbesteuersätze haben.

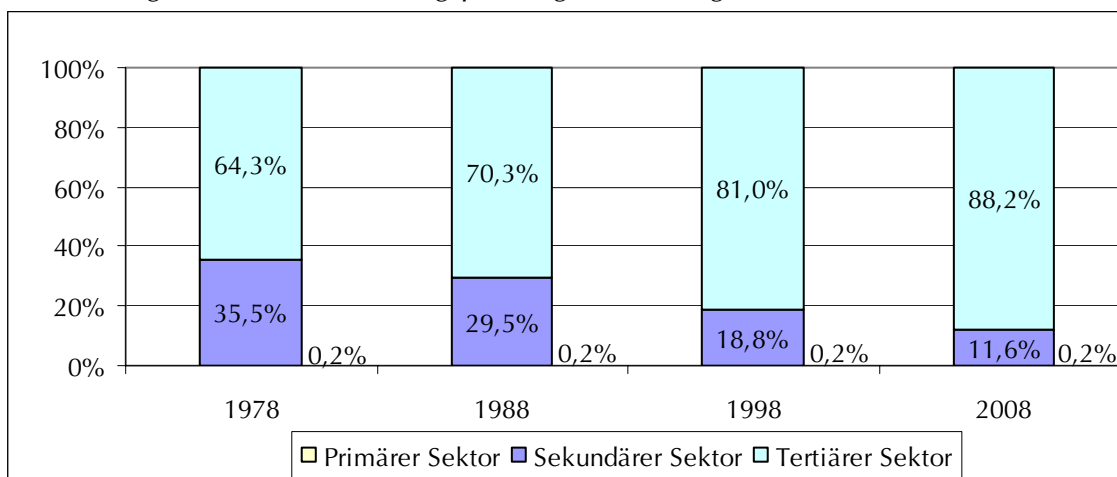
Dessen ungeachtet hat Frankfurt die höchste Arbeitsplatzdichte Deutschlands – 2007 kamen auf 1.000 Einwohner 922 Stellen. Dies ist auch durch die große Anzahl an Pendlern bedingt. Mitte 2007 pendelten zwei Drittel (66,4%) der in Frankfurt arbeitenden Personen in die Stadt (vgl. Stadt Frankfurt 2009e: XXVIII). Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) zu Marktpreisen lag 2007 bei fast 51 Milliarden Euro, was 84.358 Euro pro Erwerbstätigem bedeutete, und somit das höchste BIP pro Erwerbstätigem aller großen deutschen Städte war (vgl. Stadt Frankfurt 2009e: XXIX).

Wie in vielen anderen deutschen und europäischen Städten gibt es auch in Frankfurt einen anhaltenden Prozess der Tertiärisierung. Dies bedeutet, dass als Ergebnis des Strukturwandels und der Verschiebung hin zu einem dienstleistungsorientierten Wirtschaftssystem die Anzahl der Stellen im tertiären Sektor angestiegen ist. Während der Anteil der Beschäftigten⁸ im sekundären (industriellen) Sektor von 35,5% im Jahr 1978 auf 11,6% im Jahr 2008 fiel, stieg der Prozentsatz von Beschäftigten im tertiären Sektor (Dienstleistungssektor) in dieser Zeit von 64,3% auf 88,2% an. Der Anteil der Beschäftigten im primären Sektor (Land- und Forstwirtschaft) blieb über diese Jahre hinweg auf einem geringen Niveau von 0,2% (vgl. Stadt Frankfurt 2009b). Somit arbeitet die überwiegende Mehrheit der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Frankfurt im Dienstleistungssektor (siehe Abbildung 4).

⁸ Diese Daten beinhalten nur sozialversicherungspflichtig Beschäftigte und folglich keine Beamten, geringfügig beschäftigte Personen und Selbständige.



Abbildung 4: Sozialversicherungspflichtige Beschäftigte nach Sektoren (1978-2008)



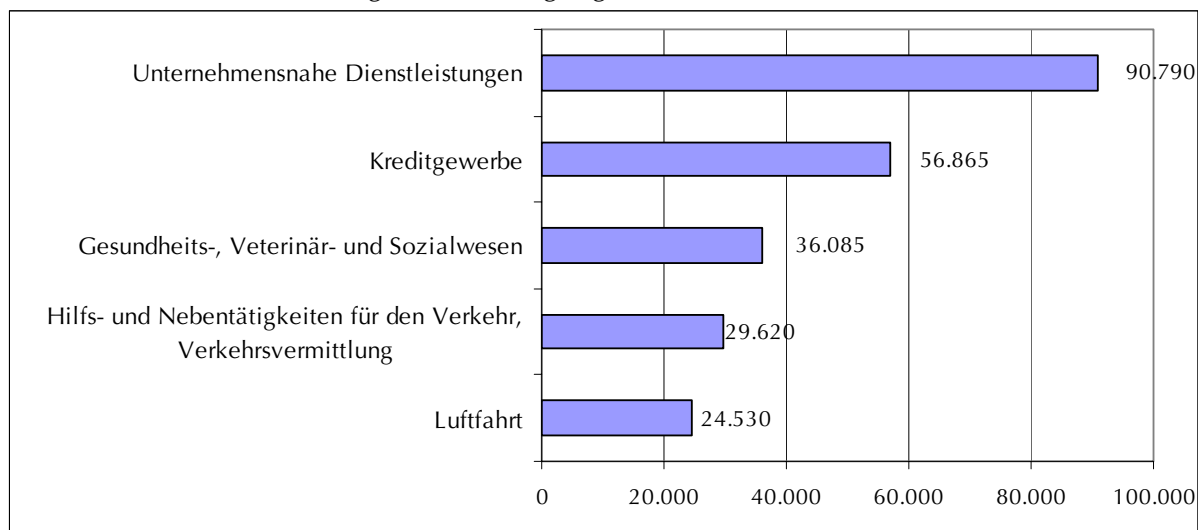
Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten der Stadt Frankfurt 2009b

Trotz vieler positiver Entwicklungen gingen auch viele gut bezahlte Arbeitsplätze für Fachkräfte wegen des Rückgangs des Industriesektors verloren. Diese Entwicklung hat zu einer Polarisierung der Qualifikationsstrukturen der Beschäftigten geführt: Der Anteil der beschäftigten Akademiker sowie der gering qualifizierten Arbeitnehmer stieg seit den 1990er Jahren deutlich an, im Gegensatz dazu fiel die Anzahl der qualifizierten Arbeitnehmer ohne Hochschulabschluss auf einen Tiefstand (vgl. Sautter 2004: 6, Stadt Frankfurt 2008a). Obwohl weniger als 12% der Beschäftigten im sekundären Sektor tätig sind, liegt dessen Anteil am städtischen Bruttoinlandsprodukt (BIP) dem befragten Experten der Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH zufolge bei 15%. Dieser Unterschied deutet darauf hin, dass die lokale Industrie Produkte der gehobenen Preislage herstellt, z. B. für die Luftfahrtindustrie. Solche Firmen beschäftigen viele Akademiker, vor allem Ingenieure. Angesichts der Vielzahl von Arbeitsplätzen in der Stadt (487.634 im Jahr 2008) gibt es absolut gesehen immer noch zahlreiche Jobs im sekundären Sektor: Circa 56.600 Personen sind in Frankfurt im industriellen Sektor beschäftigt.

Etwa die Hälfte (49,1%) aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Frankfurt arbeitet in einer der fünf beschäftigungsintensivsten Branchen (siehe Abbildung 5). Dazu gehören: unternehmensnahe Dienstleistungen, das Kreditgewerbe, das Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen, Hilfs- und Nebentätigkeiten für den Verkehr/Verkehrsmittlung und die Luftfahrt. Alle fünf Branchen gehören zum tertiären Sektor (vgl. Stadt Frankfurt 2008b: 228).



Abbildung 5: Beschäftigungsintensive Branchen (2007)



Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten der Stadt Frankfurt 2008b: 228

Unternehmensnahe Dienstleistungen bilden die beschäftigungsintensivste Branche: 90.790 Personen (und somit etwa 19% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Frankfurts) arbeiten in diesem Bereich. Mehr als 13.000 neue Jobs in den unternehmensnahen Dienstleistungen wurden zwischen 2003 und 2007 geschaffen, was sie zur dynamischsten Branche macht. Die Anzahl der Jobs hat sich auch im Verkehrssektor und in der Luftfahrt um jeweils etwa 2.500 erhöht, so dass heute 29.620 Personen im Verkehrssektor und 24.530 Personen in der Luftfahrt arbeiten. Im Gegensatz dazu ging die Beschäftigung im Kreditgewerbe zwischen 2003 und 2007 um etwa 1.500 Arbeitsplätze zurück und liegt heute bei 56.865 Beschäftigten. Im Gesundheits-, Veterinär- und Sozialwesen gingen circa 900 Arbeitsplätze in dieser Zeit verloren. Heute arbeiten 36.085 Personen in diesem Bereich (vgl. Stadt Frankfurt 2008b: 229).

Die Statistiken zur städtischen Wirtschaft heben zudem fünf ‚Schlüsselbranchen‘ Frankfurts hervor, welche laut Interviewpartner der Wirtschaftsförderung eine „Leuchtturmfunktion“ für die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt haben. Zu ihnen zählen (1) der Finanzsektor, (2) der Verkehrssektor, (3) die Kultur- und Kreativwirtschaft, (4) der Informations- und Telekommunikationssektor sowie (5) Biotechnologie, Medizin und Optik. Ende 2007 waren fast 200.000 Personen in Unternehmen beschäftigt, die zu diesen fünf ‚Schlüsselbranchen‘ gehören. Somit werden etwa 40% der Arbeitsplätze in Frankfurt von diesen Branchen gestellt (vgl. Stadt Frankfurt 2008b: 254).

3.2 Frankfurts Erwerbsbevölkerung

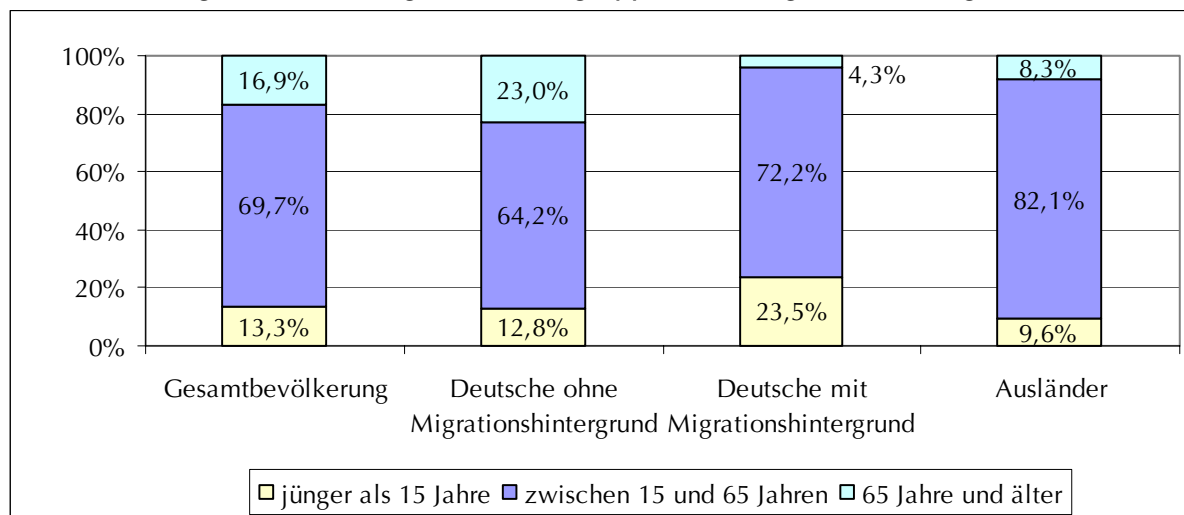
Größe und Charakteristika der Erwerbsbevölkerung

Im Jahr 2008 hatten 641.153 Personen ihren Hauptwohnsitz in der Stadt Frankfurt. Von ihnen waren 447.116 Personen im erwerbsfähigen Alter, d. h. zwischen 15 und 65 Jahren alt,



was einem Anteil von etwa 70% an der Gesamtbevölkerung entspricht. Diese Zahl fällt jedoch unterschiedlich aus, wenn man den ethnischen Hintergrund der Bevölkerung beachtet. Während 64,2% der Deutschen ohne Migrationshintergrund im erwerbsfähigen Alter sind, ist der Anteil bei Deutschen mit Migrationshintergrund mit 72,2% deutlich höher. Den höchsten Prozentsatz an Personen im erwerbsfähigen Alter weist die Gruppe der Ausländer auf, unter ihnen sind 82,1% zwischen 15 und 65 Jahren alt (vgl. Stadt Frankfurt 2009a; siehe Abbildung 6).

Abbildung 6: Bevölkerung nach Altersgruppen und Migrationshintergrund (2008)

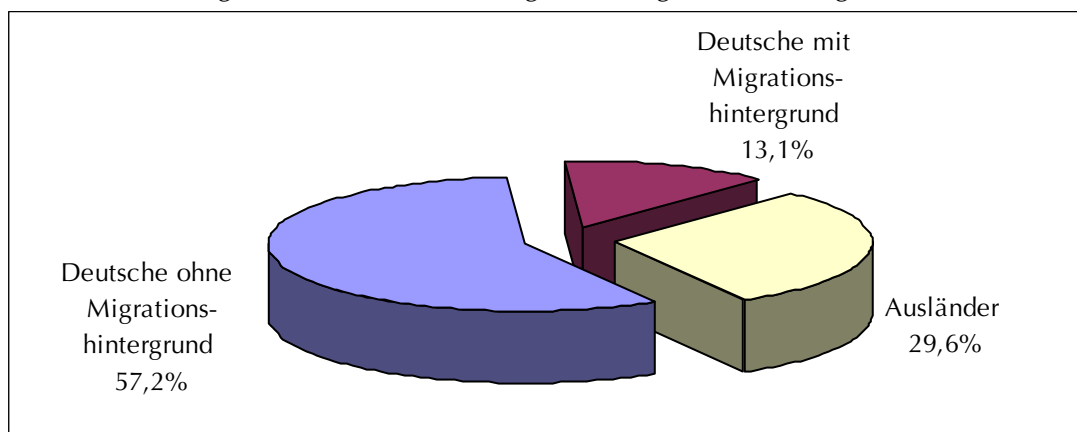


Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten der Stadt Frankfurt 2009a

Wie ebenfalls Abbildung 6 entnommen werden kann, sind 13,3% der Gesamtbevölkerung jünger als 15 und 16,9% älter als 65. Unter den Deutschen ohne Migrationshintergrund ist der Anteil der älteren Personen größer (23%) und der der jungen Menschen kleiner (12,8%). Innerhalb der Gruppe der Ausländer sind beide Prozentsätze eher ausgeglichen (9,6% junge und 8,3% ältere Menschen). Deutsche mit Migrationshintergrund haben den geringsten Anteil an älteren Personen (4,3%) und den größten Anteil an jungen Menschen (23,5%). In Zukunft werden also mehr Personen mit Migrationshintergrund im erwerbsfähigen Alter sein (vgl. Stadt Frankfurt 2009a).

Gegenwärtig haben 42,7% der Frankfurter Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter einen Migrationshintergrund – davon sind 29,6% Ausländer und 13,1% Deutsche mit Migrationshintergrund (siehe Abbildung 7). Folglich ist der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der Erwerbsbevölkerung größer als der Anteil von Einwohnern mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung Frankfurts, der bei 38% liegt (vgl. Stadt Frankfurt 2009a).

Abbildung 7: Erwerbsbevölkerung nach Migrationshintergrund (2008)



Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten der Stadt Frankfurt 2009a

Frankfurts Erwerbsbevölkerung ist im Durchschnitt 39,4 Jahre alt. Das Durchschnittsalter der ausländischen Erwerbsbevölkerung liegt bei 37,7 Jahren und somit unter dem Durchschnitt. Das Geschlechterverhältnis der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter ist ausgeglichen: Frauen machen einen Anteil von 49,7% an der gesamten und 49,9% an der ausländischen Erwerbsbevölkerung aus (vgl. Stadt Frankfurt 2009a).

Im Hinblick auf das Bildungsniveau der Erwerbsbevölkerung Frankfurts sind keine Daten vorhanden. Da jedoch Ausländer, die in Frankfurt die Schule besucht haben, im Durchschnitt niedrigere Bildungsabschlüsse als deutsche Einwohner erreichen (vgl. Stadt Frankfurt 2009e: 77), könnte man annehmen, dass das Bildungsniveau der ausländischen Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter niedriger als das der deutschen Erwerbsbevölkerung ist. Andererseits sind aber auch viele neu zugewanderte Personen, die in den zahlreichen internationalen Institutionen und Unternehmen arbeiten, hoch qualifiziert.

Beschäftigungsstatus der Erwerbsbevölkerung

Frankfurts Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter kann nach ihrem Beschäftigungsstatus unterteilt werden (siehe Abbildung 8):

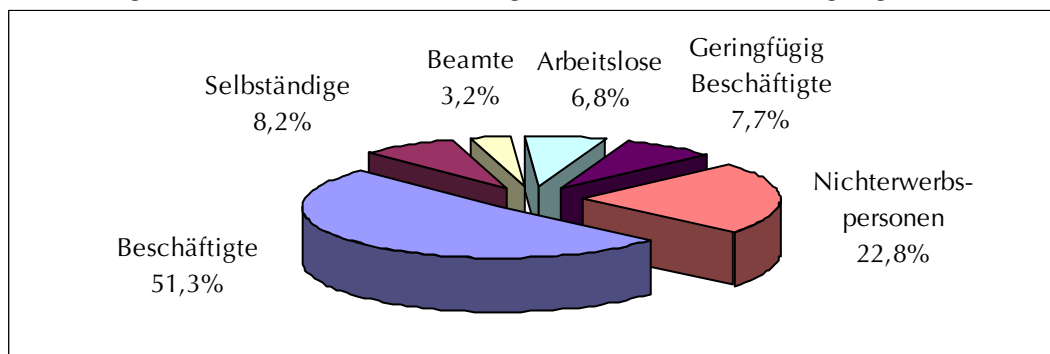
- ▶ Im Jahr 2007 sind mehr als die Hälfte (51,3%) der Frankfurter Erwerbsbevölkerung sozialversicherungspflichtig beschäftigt,
- ▶ 3,2% sind Beamte,
- ▶ geringfügig Beschäftigte in Minijobs und Arbeitsgelegenheiten (nach § 16 Abs. 3 SGB II) machen einen Anteil von 7,7% an der Erwerbsbevölkerung aus,
- ▶ 6,8% sind arbeitslos,⁹

⁹ Die von der Stadt veröffentlichten Arbeitslosenzahlen unterscheiden sich von denen der Agentur für Arbeit, da die Stadt eine andere Berechnung und Grundgesamtheit (Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter mit



- ▶ 22,8% gehören zu den Nichterwerbspersonen (z. B. Hausfrauen/Hausmänner, Schüler und Studenten),
- ▶ 8,2% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind Selbständige (vgl. Stadt Frankfurt 2008b: 282).

Abbildung 8: Personen im erwerbsfähigen Alter nach Beschäftigungsstatus (2007)



Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten der Stadt Frankfurt 2008b: 282

Die Arbeitslosenquote in Frankfurt ist tendenziell fallend: von 10,8% im August 2006 auf 8,3% im August 2009. Im Dezember 2009 lag die Arbeitslosenquote bei 7,7% (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2006 und 2009). In Frankfurt lebende Ausländer weisen eine höhere Arbeitslosenquote auf. Obwohl auch diese momentan rückläufig ist, liegt die Arbeitslosenquote der ausländischen Bevölkerung bei 12,3%. Von den 26.019 arbeitslosen Einwohnern Frankfurts haben 38,9% nicht die deutsche Staatsangehörigkeit.

Arbeitslose werden des Weiteren in Kurzarbeitslose (Arbeitslosigkeit kürzer als ein Jahr) nach dem Sozialgesetzbuch III (SGB III) und Langzeitarbeitslose gemäß dem Sozialgesetzbuch II (SGB II) differenziert. Im Dezember 2009 waren 2,1% der zivilen Erwerbsbevölkerung entsprechend dem SGB III Kurzarbeitslose und 5,6% Langzeitarbeitslose nach dem SGB II. Die Prozentsätze der ausländischen Bevölkerung liegen auch hier höher: 2,5% der ausländischen Arbeitskräfte waren kurzarbeitslos (SGB III) und 9,8% langzeitarbeitslos (SGB II) (vgl. Bundesagentur für Arbeit 2009b).

Wie oben bereits erwähnt, ist die große Mehrheit der Arbeitnehmer (fast 90%) im tertiären Sektor beschäftigt. Dies gilt sowohl für die deutsche als auch für die ausländische Bevölkerung. Die überwiegende Mehrheit der ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten arbeitet im tertiären Sektor (89,6%). 10,2% sind im sekundären Sektor beschäftigt und 0,2% im primären.

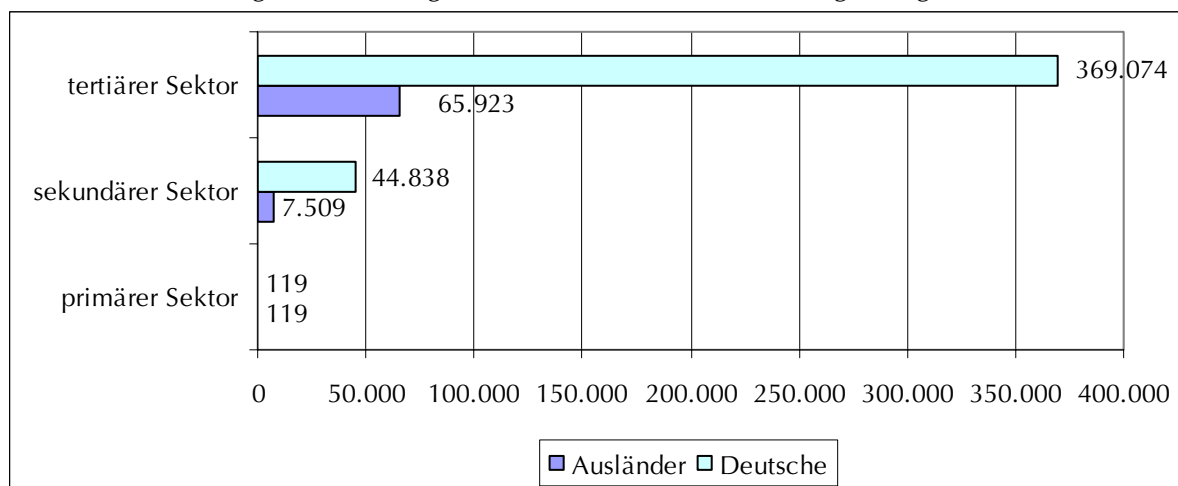
Die ausländische Bevölkerung hat einen Anteil von 15% an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in Frankfurt. Interessanterweise entspricht dieser Prozentsatz auch dem

Hauptwohnsitz in Frankfurt) verwendet. Somit ist dieser Prozentsatz keine Arbeitslosenquote, sondern eine ‚spezifische Arbeitslosendichte‘.



Anteil der ausländischen Beschäftigten in den Sektoren. Im tertiären Sektor sind 65.923 der 434.997 Beschäftigten Ausländer (15%); im sekundären Sektor haben 7.509 der 52.347 beschäftigten Personen eine ausländische Staatsangehörigkeit (14%). Lediglich im primären Sektor liegt der Ausländeranteil an den Beschäftigten mit 50% deutlich höher. Jedoch spielt dieser Sektor mit gerade einmal 238 Beschäftigten kaum eine Rolle in der Stadt (vgl. Stadt Frankfurt 2009e: 96/97) (siehe Abbildung 9).

Abbildung 9: Beschäftigte nach Sektoren und Staatsangehörigkeit (2008)



Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten der Stadt Frankfurt 2009e: 96/97

Im Hinblick auf die absoluten als auch die relativen Zahlen sind die wichtigsten Branchen für ausländische Beschäftigte wirtschaftliche Dienstleistungen (13.776 Beschäftigte), Verkehr und Lagerei (11.774 Beschäftigte), Handel (8.174 Beschäftigte) und das Gastgewerbe (8.152 Beschäftigte). Der größte Anteil an ausländischen Beschäftigten kann im Gastgewerbe gefunden werden, wo 40% der Arbeitnehmer nicht die deutsche Staatsangehörigkeit besitzen. Bei den wirtschaftlichen Dienstleistungen sind 28% der Beschäftigten Ausländer; in den Bereichen Transport und Lagerei sowie Handel liegt der Ausländeranteil jeweils bei 18% (vgl. Stadt Frankfurt 2009e: 96/97).

3.3 Entwicklung der KMUs und aktuelle Trends

Bei der Beschreibung der städtischen Wirtschaft spielt, neben den Charakteristika der Erwerbsbevölkerung sowie der Wirtschaftssektoren, auch die Struktur der Unternehmen, insbesondere ihre Größe, eine entscheidende Rolle. Haben Unternehmen weniger als 250 Mitarbeiter und 50 Millionen Euro Umsatz (oder 43 Millionen Bilanzsumme), dann definiert die EU diese als ‚kleine und mittlere Unternehmen‘ (KMUs) und unterscheidet dabei:

- ▶ ‚mittlere Unternehmen‘ mit 50 bis 249 Mitarbeitern und einem Umsatz unter 50 Millionen Euro (oder weniger als 43 Millionen Euro Bilanzsumme),
- ▶ ‚kleine Unternehmen‘ mit zehn bis 49 Mitarbeitern und einem Umsatz oder einer Bilanzsumme von weniger als zehn Millionen Euro und

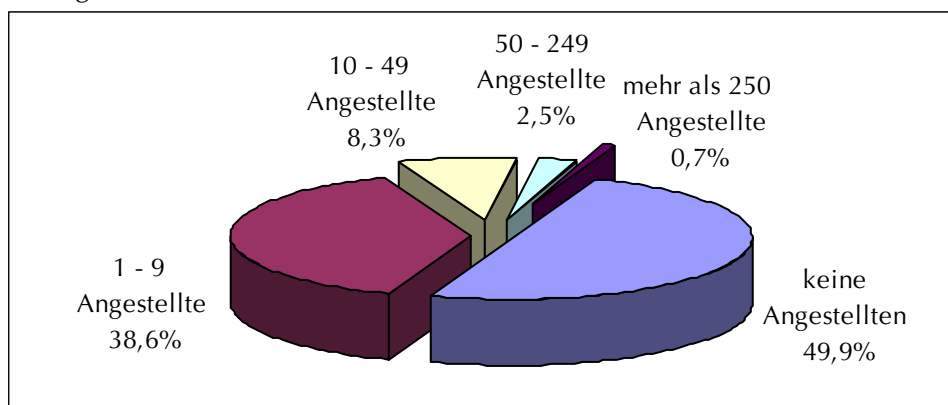


- ‚Kleinstunternehmen‘ mit weniger als zehn Mitarbeitern und einem Umsatz oder einer Bilanzsumme von weniger als zwei Millionen Euro.

KMUs spielen eine wichtige Rolle in der europäischen Wirtschaft, da sie 99% aller Unternehmen in der EU ausmachen. Dabei sind neun von zehn KMUs in der EU Kleinstunternehmen mit durchschnittlich zwei Mitarbeitern (vgl. Rath 2009 und Europäische Kommission 2009).

Dies kann auch in der Stadt Frankfurt beobachtet werden. Dem städtischen Unternehmensregister zufolge gibt es 35.630 Unternehmen in Frankfurt.¹⁰ Von diesen Unternehmen haben lediglich 0,7% mehr als 250 Mitarbeiter. Die überwiegende Mehrheit von 99,3% sind KMUs mit weniger als 250 Mitarbeitern. 2,5% der Unternehmen können als mittlere Unternehmen (50 bis 249 Mitarbeiter) bezeichnet werden und 8,3% fallen in die Kategorie der kleinen Unternehmen (zehn bis 49 Mitarbeiter). Insgesamt zählen 88,5% der Unternehmen in Frankfurt zu den Kleinstunternehmen: 38,6% der Unternehmen in der Stadt haben zwischen einem und neun Mitarbeitern und 49,9% haben keine Angestellten (siehe Abbildung 10).¹¹ Die Durchschnittsgröße der Frankfurter Unternehmen beläuft sich auf zwölf Mitarbeiter (vgl. Stadt Frankfurt 2009e: 113).

Abbildung 10: Frankfurter Unternehmen nach der Anzahl ihrer Mitarbeiter (2008)



Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten der Stadt Frankfurt 2009e: 113

Handwerksunternehmen sind durchschnittlich noch kleiner. Dem interviewten Vertreter der lokalen Handwerkskammer (HWK) zufolge sind alle Handwerksunternehmen in Frankfurt KMUs – meist Kleinstunternehmen – mit einer Durchschnittsgröße von fünf Mitarbeitern.

¹⁰ Dabei werden lediglich die am 31. Dezember 2008 aktiven Betriebe berücksichtigt, die 2006 einen steuerpflichtigen Umsatz und/oder sozialversicherungspflichtig Beschäftigte hatten.

¹¹ In absoluten Zahlen: 265 von Frankfurts 35.630 Unternehmen haben mehr als 250 Mitarbeiter, 35.365 sind KMUs. Es gibt in der Stadt 905 mittlere, 2.958 kleine und 31.492 Kleinstunternehmen. Von letzteren beschäftigen 13.738 Unternehmen zwischen einem und neun Mitarbeitern und 17.764 haben keine Mitarbeiter.



Laut Aussage des befragten Experten der Wirtschaftsförderung hat sich der prozentuale Anteil der KMUs in Frankfurt im Laufe der letzten Jahrzehnte erhöht. Dies ist meist darauf zurückzuführen, dass einige größere Unternehmen (z. B. das Bauunternehmen Philipp Holzmann AG) Bankrott gegangen sind oder sich in kleinere Firmen aufgeteilt haben.

Obwohl es keine offiziellen Daten zur sektoralen und räumlichen Verteilung der KMUs in der Stadt gibt, ist anzunehmen, dass diese der Verteilung aller Unternehmen sehr ähnlich ist, da mehr als 99% aller Unternehmen in der Stadt KMUs sind. Zudem gibt es einige Industrieparks in Frankfurt. Der Industriepark Höchst, beispielsweise, ist eine Konzentration von Chemie- und Pharmaunternehmen im Westen der Stadt. Zahlreiche Unternehmen des Verkehrssektors sind wiederum in der Nähe des Flughafens im Süd-Westen der Stadt angesiedelt.

Die gegenwärtige Wirtschafts- und Finanzkrise hat auch Auswirkungen auf Frankfurt. Allen interviewten Experten zufolge hat die Krise die Stadt jedoch nicht so hart getroffen wie andere deutsche Städte. Laut Aussage des Vertreters der Industrie- und Handelskammer (IHK) liegt dies vor allem darin begründet, dass sich die Krise hauptsächlich auf den sekundären Sektor negativ ausgewirkt hat und dieser in Frankfurt im Vergleich zum tertiären Sektor eine weniger bedeutende Rolle für die Beschäftigung in der Stadt spielt. Zudem zeigte sich die staatlich geförderte Kurzarbeit als wichtiges Mittel, um die Krise zu überbrücken. Zu Beginn des Jahres 2009 waren rund 5.000 Menschen in Kurzarbeit.¹² Das sind etwa 1% aller sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, was im Vergleich zu anderen deutschen Städten wenig ist (vgl. Agentur für Arbeit Frankfurt/Main 2009).

Der Dienstleistungssektor hat auch unter der Krise gelitten, jedoch hauptsächlich Ende des Jahres 2008; danach hat er sich relativ schnell wieder erholt. Die Frankfurt School of Finance and Management entwickelte ein Indikatorensystem zur Beschreibung der Lage Frankfurts als Finanzzentrum. Dafür wurden die folgenden Dimensionen verwendet: (1) Standortfaktoren, (2) Bildung und Beschäftigung, (3) Stabilität des Bankensystems, (4) Grad der Internationalisierung der regionalen Finanzmärkte und (5) Performance des Finanzsektors. Dieses Finanzplatzbarometer zeigte einen starken Rückgang über das Jahr 2008 (insbesondere im vierten Quartal), der vor allem auf der schlechten Performance der Banken be-

¹² Um den Arbeitsmarkt zu stabilisieren, hat das Bundesministerium für Arbeit und Soziales das so genannte ‚Kurzarbeitergeld plus‘ eingeführt. Wenn die Auslastung eines Unternehmens aus wirtschaftlichen Gründen zurückgegangen ist und zu erwarten ist, dass sich die Situation innerhalb der nächsten 18 Monate verbessert und dann wieder zu den regulären wöchentlichen Arbeitszeit zurückgekehrt werden kann, können Unternehmen die Arbeitszeiten ihrer Mitarbeiter verringern und sich um einen Kurzarbeitzuschuss bewerben. Das Unternehmen zahlt dann nur den Lohn für die Arbeit, die auch tatsächlich geleistet wurde, die betroffenen Arbeitnehmer erhalten Kurzarbeitergeld, um die verlorenen Einnahmen in Höhe von 60% des entgangenen Nettolohns zu kompensieren (Arbeitnehmer mit Kindern erhalten 67%). Die Zulage senkt die finanzielle Belastung der jeweiligen Firma und konnte bis jetzt die Entlassung vieler Arbeitnehmer verhindern (vgl. Bundesministerium für Arbeit und Soziales 2010).



ruht. Der Indikator begann 2009 wieder zu steigen (vgl. Frankfurt School of Finance and Management 2010).

Alles in allem sind Frankfurts Unternehmer, der Wirtschaftsprognose der IHK zufolge, relativ optimistisch im Hinblick auf die Bewältigung der Krise (vgl. IHK 2010). Sowohl der Geschäftsklimaindex als auch die aktuelle Lage und Erwartungen der Unternehmen begann in der zweiten Hälfte des Jahres 2009 wieder zu steigen, nachdem der Abschwung der Wirtschaft 2008 mehr oder weniger Unternehmen aller Branchen getroffen hatte. Im Frühjahr 2010 betrachten 26% der befragten Unternehmer die Lage ihrer Firma als gut, 20% urteilen, ihr Unternehmen sei in einer schlechten Verfassung und 53% geben an, es sei in einer zufriedenstellenden Situation. Die Unternehmer sind zuversichtlich, dass sich die Lage weiter stabilisiert.

4 Charakteristika des Unternehmertums von Migranten

Die folgenden Kapitel geben Auskunft über Frankfurter Unternehmen von Personen mit Migrationshintergrund. In Kapitel 4.1 wird zunächst ein Überblick über die lokalen Entwicklungen des Unternehmertums von Migranten aufgezeigt. Die darauf folgenden Kapitel behandeln die Märkte und den Wettbewerb dieser Unternehmen (4.2), Besitzstrukturen, Mitarbeiter und Arbeitsbeziehungen (4.3), Gründe für den Schritt in die Selbstständigkeit (4.4.) sowie Probleme und Barrieren, denen Migrantenunternehmer begegnen (4.5).

4.1 Entwicklung des Unternehmertums von Migranten und aktuelle Trends

Bevor an dieser Stelle Entwicklungen beschrieben werden können, ist es notwendig, einige Definitionen zu geben. Im CLIP-Projekt „definieren wir einen Unternehmer als eine Person, die effektive Kontrolle über eine kommerzielle Unternehmung hat, welche sich für mehr als einen Kunden und über eine bedeutende Zeitspanne ergibt“ (Rath 2009: 7, eigene Übersetzung). Als ‚Migrantenunternehmer‘ werden Personen bezeichnet, die außerhalb Deutschlands geboren wurden, sowie die zweite und dritte Generation von Migranten (vgl. Rath 2009: 10).

In Frankfurt werden ‚Migrantenunternehmer‘ meist als ‚Unternehmer mit Migrationshintergrund‘ bezeichnet (d. h. Unternehmer, die selbst nach Deutschland eingewandert oder Nachkommen von Migranten sind), manchmal auch ‚Unternehmer mit ausländischer Staatsangehörigkeit‘ oder ‚ausländische Unternehmer‘ genannt. Letzteres ist in offiziellen Statistiken geläufig, da, wenn überhaupt, nur die Nationalität des Unternehmers und nicht sein Migrationshintergrund registriert ist. Die IHK hat zudem den Begriff ‚internationale Unternehmen‘ eingeführt, der sich auf Firmen bezieht, die von einer Person mit ausländischer Staatsangehörigkeit – oder mehrheitlich von ausländischen Personen – geleitet werden.



Verschiedene befragte Experten waren der Meinung, dass Differenzierungen in ‚Migrantenunternehmer‘ oder ‚Migrantenunternehmen‘ nicht vorgenommen werden sollten, da die Unternehmen in der Regel in Deutschland gegründet wurden und viele der Unternehmer deutsche Staatsbürger sind, die sich mit Deutschland identifizieren – und daher nicht gesondert, sondern wie alle anderen Unternehmer auch bezeichnet und behandelt werden wollen.

Entwicklung des Unternehmertums von Migranten

Die meisten interviewten Experten betonten, dass die Stadt schon immer auf internationale Unternehmen gesetzt hat. Jedoch gab es bis vor kurzem keine Daten oder Zahlen über diese, da der ethnische Hintergrund eines Unternehmers nicht als Eigenschaft betrachtet wurde, die erhoben werden sollte.

2007 analysierte die IHK in Kooperation mit der Stadt und anderen lokalen Institutionen erstmals die Anzahl und Nationalität der in Frankfurt ansässigen internationalen Unternehmen (vgl. IHK 2007). Die Daten wurden 2008 aktualisiert. Dieser Aktualisierung zufolge gibt es in Frankfurt 56.274 Unternehmen, von denen 11.479 von einem Ausländer (oder mehrheitlich von Ausländern) geführt werden. Dies würde bedeuten, dass jedes fünfte Unternehmen (20,1%) in der Stadt Frankfurt ein ‚ausländisches‘ oder ‚internationales‘ ist (für Daten über die Region Frankfurt, inklusive umliegender Städte, vgl. IHK 2009; für Daten über die Stadt Frankfurt vgl. Stadt Frankfurt am Main 2009d: 117).

Diese Daten müssen jedoch mit Vorsicht interpretiert werden, da sich die Studie nur auf 27 Staaten bezieht: Die Autoren der Studie analysierten lediglich, ob die Unternehmer eine von 27 Staatsangehörigkeiten haben; diese 27 Staaten sind Belgien, Brasilien, China, Dänemark, Finnland, Frankreich, Golfstaaten, Griechenland, Indien, Iran, Israel, Italien, Japan, Kanada, Korea, Niederlande, Österreich, Polen, Russische Föderation, Schweden, Schweiz, Spanien, Taiwan, Türkei, Vereinigtes Königreich, Vereinigte Staaten und Vietnam.¹³ Damit ignoriert die Studie Migrantenunternehmer mit einer anderen Staatsangehörigkeit, unter anderem auch der serbischen oder kroatischen. Nachdem aber Ausländer aus Serbien und Kroatien etwa 13% der Frankfurter Bevölkerung ausmachen (vgl. Kapitel 2), ist die Außerachtlassung von Unternehmern aus diesen Staaten ein großes Defizit der Studie. Zudem existiert die Kategorie ‚sonstige‘ in der Studie nicht. Folglich ist anzunehmen, dass die Gesamtzahl der von ausländischen Einwohnern geleiteten Unternehmen über den von der IHK und der Stadt erhobenen 20% liegt.

Trotz dieser Kritikpunkte ist positiv hervorzuheben, dass die Studie wichtige Daten für einen Bereich liefert, der zuvor noch nicht untersucht wurde. Zunächst gibt die Studie Informationen über die Nationalitäten der lokalen Unternehmer und Anhaltspunkte für die Größe der

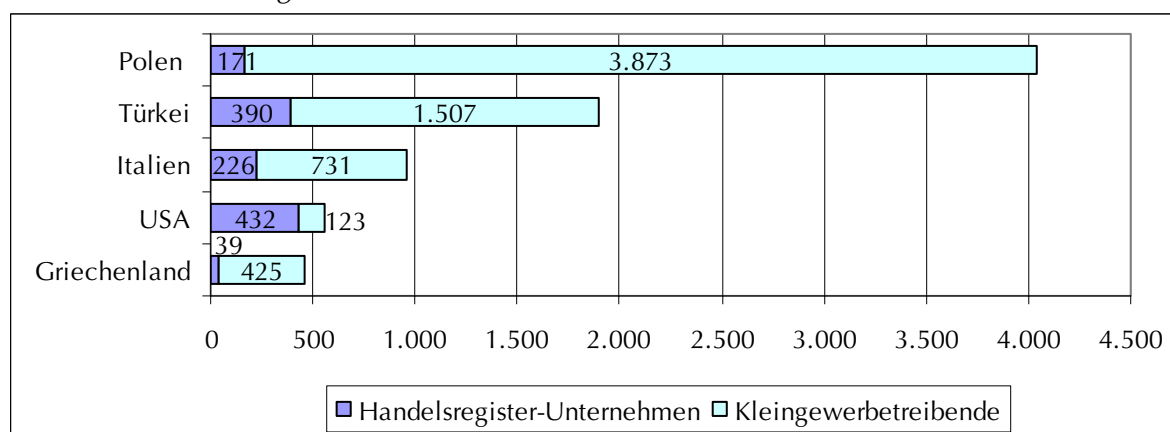
¹³ Die Auswahlkriterien für die Staaten werden im Bericht der IHK nicht dargelegt und konnten auch während der Interviews nicht in Erfahrung gebracht werden.



Unternehmen. Im Hinblick auf die 27 analysierten Nationalitäten haben mit Abstand die meisten Unternehmer die polnische Staatsangehörigkeit (4.044). Ihnen folgen Staatsbürger der Türkei (1.897), Italiens (957), der USA (555) und Griechenlands (464) (vgl. Stadt Frankfurt 2009e: 117; siehe Abbildung 11).

Zudem kann zwischen Handelsregister-Unternehmen und Kleingewerbetreibenden unterschieden werden (vgl. Kapitel 5.1). Die überwiegende Mehrheit der polnischen Unternehmer sind Kleingewerbetreibende (3.873 von 4.044). Dies trifft auch auf die türkischen, italienischen und griechischen Unternehmer zu, wenn auch in geringerem Maße (siehe Abbildung 11). Die meisten Unternehmen von US-Amerikanern sind hingegen im Handelsregister erfasst. Laut Aussage der befragten Experten der IHK ist anzunehmen, dass sie mehrheitlich Tochtergesellschaften von größeren internationalen Unternehmen sind. Das gleiche gilt für viele nordeuropäische Staaten: Ein Großteil der britischen, französischen, österreichischen und niederländischen, aber auch der chinesischen Firmen, die im Handelsregister geführt werden, sind aller Wahrscheinlichkeit nach Teil von großen internationalen Unternehmen. Im Gegensatz dazu sind spanische, russische, indische oder vietnamesische Unternehmer wiederum meist Kleingewerbetreibende (vgl. Stadt Frankfurt 2009d: 117).

Abbildung 11: Ausländische Unternehmen nach Nationalität (2008)



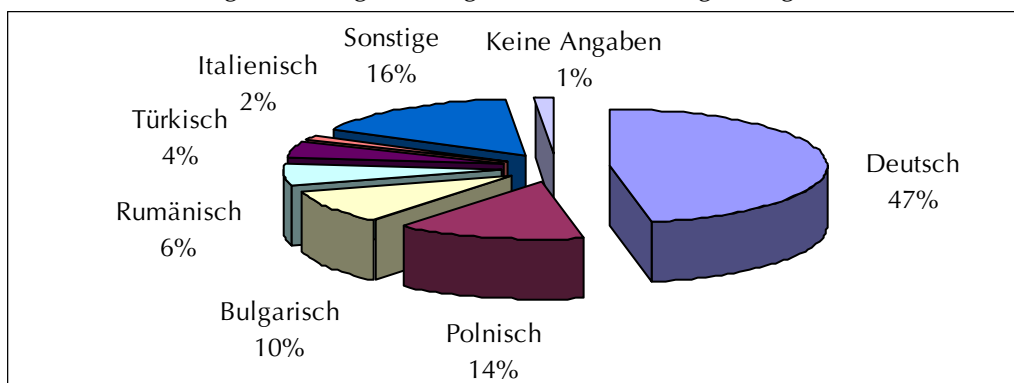
Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten der Stadt Frankfurt 2009e: 117

Während mindestens jedes fünfte Unternehmen in der Stadt ein ausländisches (oder ‚internationales‘) Unternehmen ist, ergibt sich für Neugründungen ein anderes Bild. Im Jahr 2008 wurde jedes zweite neue Unternehmen in Frankfurt von einer Person mit ausländischer Staatsangehörigkeit gegründet (51,8% oder 5.970 in absoluten Zahlen). Die größte Gruppe der ausländischen Gründer bildeten Polen (14%), gefolgt von Bulgaren (10%), Rumänen (6%), Türken (4%) und Italienern (2%) (vgl. Stadt Frankfurt 2010a, siehe Abbildung 12).¹⁴

¹⁴ Andererseits wurden 2007 auch 6.750 Unternehmen abgemeldet. Diese bestanden vor ihrer Schließung im Durchschnitt 3,6 Jahre. Die Staatsangehörigkeit der Unternehmer, die ihre Firmen schließen, wird von der Stadt jedoch nicht analysiert.



Abbildung 12: Neugründungen nach Staatsangehörigkeit (2008)



Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten der Stadt Frankfurt 2010a

Die Mehrheit der Unternehmensgründer (Deutsche und Ausländer) ist männlich (69,5%). Ausländische Gründer sind im Durchschnitt jünger als diejenigen mit deutscher Staatsangehörigkeit: Der durchschnittliche deutsche Existenzgründer ist 37,7 Jahre alt, während ausländische Gründer durchschnittlich 34,4 Jahre alt sind (vgl. Stadt Frankfurt 2010a).

Wie sich in diesen Daten bereits abzeichnet und auch unveröffentlichte Daten der Handwerkskammer (HWK) zeigen, gab es einen starken Anstieg an Unternehmensgründungen im Handwerk von Personen osteuropäischer Herkunft. Während sich nach Angabe der HWK zwischen 1980 und 2004 gerade einmal sechs Personen mit ausländischer Staatsangehörigkeit als Fliesenleger selbständig machten, lagen die Existenzgründungen von Ausländern in diesem Bereich zwischen 2004 und 2009 bei 1.130. Ähnliche Entwicklungen können beispielsweise auch bei den Gebäudereinigern (1980-2004: sechs ausländische Firmengründer, 2004 bis zu Beginn des Jahres 2010: 841) und Raumausstattern (1980-2004: zwei ausländische Firmengründer, 2004 bis zu Beginn des Jahres 2010: 168) beobachtet werden.

Dieser Trend wurde durch zwei politische Veränderungen forciert. Zum einen wirkte sich die Novellierung der Handwerksordnung im Jahr 2004 stark auf die Gründung von Unternehmen in diesem Bereich aus: Durch die Novellierung wurde die Anzahl an Berufen verringert, für die ein Meistertitel notwendig ist. Da gerade viele ausländische Handwerker diesen nicht vorweisen konnten, vereinfachte der Wegfall dieser Regelung die Gründung seitens ausländischer Personen und die Zahl der ausländischen Selbständigen in zulassungsfreien Handwerken hat sich seit 2004 erheblich erhöht.¹⁵

Zum anderen wurde der Anstieg der osteuropäischen Unternehmensgründungen im Handwerk durch die EU-Osterweiterungen der Jahre 2004 und 2007 begünstigt, welche für die Bürger dieser Staaten – eingeschränkte – Freizügigkeitsregelungen mit sich brachten. Die neue Personenfreizügigkeit osteuropäischer Arbeitnehmer ist noch beschränkt: Die alten EU-Mitgliedsstaaten haben das Recht, Zuwanderung osteuropäischer Arbeitskräfte für eine

¹⁵ Ausführlichere Informationen zur Novellierung und ihren Auswirkungen finden sich in Kapitel 5.1.

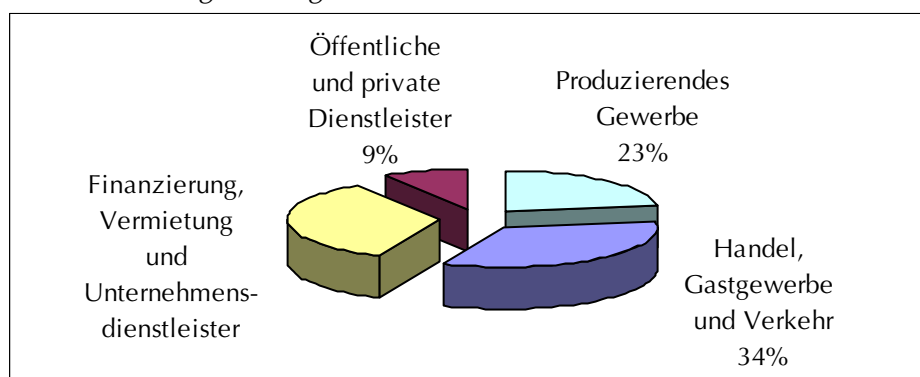


Übergangszeit von sieben Jahren zu begrenzen. Wie einige andere Staaten hat auch Deutschland von diesem Recht Gebrauch gemacht und vergibt eine Arbeitserlaubnis nur an Bürger dieser Staaten, wenn die Stelle nachweislich nicht mit einem Deutschen oder einem anderen EU-Bürger besetzt werden kann. Jedoch können Staatsangehörige der osteuropäischen EU-Mitgliedsländer ohne gesetzliche Einschränkungen nach Deutschland einwandern, wenn sie sich selbständig machen. Folglich spielt auch Scheinselbständigkeit eine Rolle beim Anstieg der Unternehmen: Einige der als selbständig registrierten osteuropäischen Handwerker sind ‚Subunternehmer‘ örtlicher Handwerker oder Bauunternehmer, die diese nicht regulär beschäftigen dürfen oder wollen. Einige osteuropäische Handwerker wurden somit unfreiwillig zu ‚Firmengründern‘ und leiden teilweise unter schlechten Arbeitsbedingungen wie Jobunsicherheit und geringem Einkommen.

Sektorale und räumliche Verteilung der Migrantenunternehmen

Die Unternehmen von Migranten sind in den verschiedensten Branchen der lokalen Wirtschaft vertreten. 34% der Migrantenunternehmen gehören dem Bereich Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister an, ebenfalls 34% gehören zum Handel, Gastgewerbe und Verkehr. Dem produzierenden Gewerbe können 23% der Unternehmen in der Region Frankfurt zugeordnet werden und weitere 9% sind öffentliche und private Dienstleister (vgl. Stadt Frankfurt 2009e: 117; siehe Abbildung 13).

Abbildung 13: Migrantenunternehmen nach Sektoren (2008)

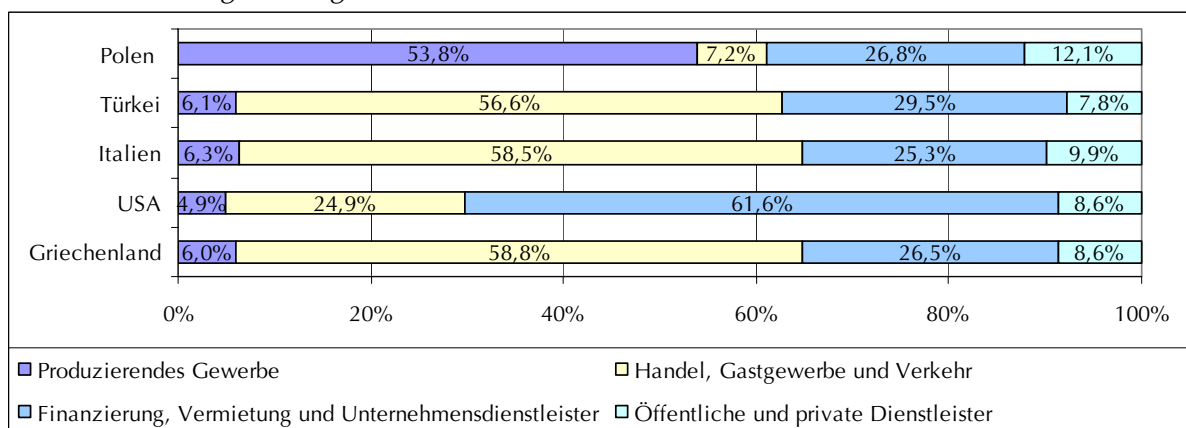


Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten der Stadt Frankfurt 2009e: 117

Es gibt jedoch große Unterschiede im Hinblick auf die Nationalitäten der Migrantenunternehmer. Während die Mehrzahl der polnischen Unternehmen (die größtenteils Kleingewerbe sind) zum produzierenden Gewerbe gehören (vermutlich Handwerksbetriebe), sind die meisten türkischen, italienischen und griechischen Unternehmen dem Handel, Gastgewerbe und Verkehr zuzuordnen (vermutlich viele Restaurants). Ein Großteil der US-amerikanischen Firmen liegt im Bereich der Finanzierung, Vermietung und Unternehmensdienstleister (vgl. Stadt Frankfurt 2009e: 117; siehe Abbildung 14).



Abbildung 14: Migrantenunternehmen nach Nationalität und Sektoren (2008)



Quelle: Zusammenstellung des efms basierend auf Daten der Stadt Frankfurt 2009e: 117

Bei der Analyse dieser Daten muss jedoch beachtet werden, dass sie lediglich ausländische Unternehmer berücksichtigen; Unternehmer mit Migrationshintergrund (z. B. eingebürgerte Unternehmer) sind nicht eingeschlossen. Es ist anzunehmen, dass deren Verteilung auf die Sektoren anders aussieht und der Verteilung der Mehrheitsgesellschaft stärker gleicht. Diese Annahme kann allerdings nicht mittels offizieller Statistiken belegt werden.

Wie bereits in Kapitel 3.3 beschrieben wurde, gibt es keine spezifische räumliche Verteilung der KMUs mit Ausnahme der erwähnten Industrieparks. Laut Aussage der interviewten Experten gilt dies auch für Unternehmen, die von Migranten gegründet wurden. Jedoch erwähnte der befragte Mitarbeiter der Wirtschaftsförderung, dass viele kleinere Migrantenunternehmen im Bahnhofsviertel angesiedelt sind und dass Gründer von Import-Export-Unternehmen die Nähe zum Flughafen bevorzugen. Im Hinblick auf neue Unternehmen gibt es die meisten Gründungen in den zentral gelegenen Stadtteilen, z. B. dem Gallus (620), der für seinen hohen Anteil an Einwohnern mit Migrationshintergrund bekannt ist (vgl. Stadt Frankfurt 2010a).

4.2 Märkte und Wettbewerbssituation von Migrantenunternehmen

Die Absatzmärkte der Unternehmer mit Migrationshintergrund sind in der Stadt Frankfurt sehr unterschiedlich. Zu diesem Thema liegen leider keine offiziellen Statistiken vor. Jedoch lieferten die befragten Experten der Existenzgründerberatung Kompass, der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV) und andere Interviewpartner wichtige Informationen. Sie erklärten, dass Migranten früher meist auf Nischenmärkten operierten und für gewöhnlich Firmen gründeten, für deren Leitung man nur geringe Qualifikationen benötigte. Heute können Migrantenunternehmer in allen Wirtschaftszweigen gefunden werden, auch in denjenigen, für die höhere Qualifikationen vorausgesetzt werden. Unternehmer mit Migrationshintergrund bieten eine große Bandbreite an Produkten und Dienstleistungen an; meist vertreiben sie diese lokal, aber auch national und international. Laut Aussage aller interviewten Experten und auch Unternehmer mit Migrationshintergrund, die in einer Bro-



schüre von Kompass porträtiert wurden (vgl. Kompass 2008), haben Migrantenunternehmen für gewöhnlich ebenfalls eine große Bandbreite an Kunden – sowohl mit als auch ohne Migrationshintergrund.

Somit stehen Migrantenunternehmer mit allen anderen für ihren Wirtschaftszweig relevanten Unternehmen im Wettbewerb. Laut Aussage des Interviewpartners der Kroatischen Wirtschaftsvereinigung KWVD sehen sich Selbständige mit Migrationshintergrund jedoch oft einem „doppelten Wettbewerb“ ausgesetzt: Sie konkurrieren sowohl mit anderen Unternehmen ihrer Branche – egal ob mit oder ohne Migrationshintergrund – als auch mit anderen Migrantenunternehmern innerhalb ihrer ethnischen Community.

Unternehmer mit Migrationshintergrund haben, den befragten Experten zufolge, keine speziellen Marketingstrategien. Der Interviewpartner der KWVD betonte, dass eine positive Mund-zu-Mund-Propaganda die wichtigste Form der Werbung für alle Unternehmer – ungeachtet des Migrationshintergrunds – darstellt. Zudem nutzen Migrantenunternehmer auch ‚klassische‘ Formen des Marketings, beispielsweise schalten sie Anzeigen in Zeitungen, verteilen Proben und unterstützen kulturelle Aktivitäten. Augenscheinlich unterscheiden sie sich dabei nicht von Unternehmern ohne Migrationshintergrund. Jedoch gibt es wiederum keine offiziellen Statistiken, um zu diesem Thema Genaueres berichten zu können.

4.3 Besitzstrukturen und Arbeitsbeziehungen in Migrantenunternehmen

Die meisten Selbständigen mit Migrationshintergrund besitzen inhabergeführte Unternehmen. Jedoch gibt es auch hierzu keine offiziellen Statistiken; die genaue Verteilung von Alleinhabern, Teilhaberschaften oder Franchise-Unternehmen bei Selbständigen mit Migrationshintergrund in Frankfurt bleibt unbekannt. Das Zentrum für Existenzgründungen ‚Kompass‘ brachte einen ‚Ratgeber für Gründerinnen und Gründer aller Nationalitäten‘ heraus, der einen Einblick in die Vielfalt des ethnischen Unternehmertums in Frankfurt gibt (Kompass 2008). Obwohl darin verschiedene Besitzstrukturen vorkommen, dominieren die Alleinhaber bei den 15 in der Broschüre dargestellten Migrantenunternehmen. Dies deckt sich mit den Aussagen der interviewten Experten, die annehmen, dass Personen mit Migrationshintergrund ihr Unternehmen meist allein oder zusammen mit Familienangehörigen gründen. Ein Großteil der Interviewpartner erklärte, dass Familienunternehmen bei Selbständigen mit Migrationshintergrund weit verbreitet sind, da Migranten oftmals ein großes Netzwerk an Verwandten haben, das sie bei der Existenzgründung unterstützt.

Laut Aussagen der Experten spielt das Familiennetzwerk Migrantenunternehmen auch eine wichtige Rolle beim Thema Mitarbeiter. Einige befragte Experten, z. B. der Kroatischen Wirtschaftsvereinigung KWVD, des Instituts für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS) und der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV), schätzten, dass Unternehmer mit Migrationshintergrund oftmals Familienmitglieder oder Freunde



mit demselben Migrationshintergrund beschäftigen, insbesondere dann, wenn der Großteil der Kunden ebenfalls aus dieser ethnischen Community stammen. Nichtsdestoweniger betonten die Interviewpartner von INBAS, Kompass und der KAV auch, dass gerade in größeren Migrantenunternehmen der ethnische Hintergrund der Mitarbeiter keine Rolle spielt. Die in der Kompass-Broschüre porträtierten Unternehmer mit Migrationshintergrund erklärten ebenfalls, dass ihre Mitarbeiter „sehr international“ sind, was besonders wichtig ist, wenn sich das Unternehmen auch international orientiert (vgl. Kompass 2008). Ein Interviewpartner der IHK fasste dieses Thema wie folgt zusammen: „In der Gründungsphase sind viele Migrantenunternehmen noch Familienbetriebe, in denen Ethnizität eine große Rolle spielt; wachsen die Unternehmen und werden sie professioneller, so wird die Ethnizität der Mitarbeiter weniger wichtig.“

Da die meisten Unternehmen von Migranten in Frankfurt KMUs sind, und oftmals Kleinst- und/oder Familienunternehmen, ist deren gewerkschaftlicher Organisationsgrad eher gering, wie die Interviewpartner der Gewerkschaft und der IHK berichteten. Auch der hohe Anteil an Beschäftigten im Dienstleistungssektor in Frankfurt erschwert die Arbeit der Gewerkschaften, da sich diese Beschäftigten seltener gewerkschaftlich engagieren. Die Gewerkschaften haben weder genügend Mitarbeiter noch andere Ressourcen, um in allen Unternehmen die Einrichtung von Betriebsräten oder ähnlichen Strukturen zu unterstützen und/oder Migranten speziell zu rekrutieren. So berichtete der interviewte Vertreter, dass die Gewerkschaften Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund nicht mehr gesondert ansprechen, und dass sie aus Kostengründen ihr fremdsprachiges Informationsmaterial reduziert haben, obwohl der gewerkschaftliche Organisationsgrad von Arbeitnehmern mit ausländischer Herkunft traditionell höher als der der Deutschen liegt und erstere somit eine wichtige Zielgruppe der Gewerkschaften darstellen.

Es gibt keine Untersuchungen über die Beschäftigungssituation oder die Arbeitgeber-/Arbeitnehmerbeziehungen in Frankfurter Migrantenunternehmen. Einige Interviewpartner merkten an, dass man dieses Thema nicht verallgemeinern kann – Arbeitsbeziehungen und Beschäftigungssituationen ergeben sich meist aus dem persönlichen Führungsstil des Unternehmers. Einige Experten nahmen an, dass Unterschiede zwischen Unternehmern mit und ohne Migrationshintergrund eher unwahrscheinlich sind; der befragte Vertreter der Gewerkschaft war der Meinung, dass sich Arbeitgeber-/Arbeitnehmerbeziehungen generell verschlechtern, da steigende Arbeitslosenzahlen und neue Sozialversicherungsregulierungen den Druck auf Arbeitnehmer erhöhen. Allerdings stellten die Interviewpartner (vor allem die Vertreter der KWVD und der Kammern) auch fest, dass in kleinen Migrantenunternehmen – die oftmals Familienbetriebe sind – eine informellere und vertraulichere Atmosphäre herrscht. Einem Befragten der IHK zufolge wird dies von einigen Mitarbeitern manchmal (ob richtiger- oder fälschlicherweise) als Mangel an Professionalität ausgelegt und kann zu Missverständnissen führen. Laut Aussage der Interviewpartnerin von INBAS können auch



Schwierigkeiten entstehen, wenn Familienangehörige und Freunde ungeachtet ihrer Qualifikationen angestellt werden.

4.4 Gründe für den Schritt in die Selbstständigkeit

Zu den Fragen, warum Migranten sich selbständig machen, und ob Migranten dieselben Motive für ihre Selbstständigkeit haben wie Einheimische, gibt es mehrere soziologische Untersuchungen, die zu dem Schluss kommen, dass solche Unternehmerkarrieren auf drei typischen Motiven basieren (vgl. Constant/Zimmermann 2006: 295, ifm 2005: 17-20, Jaeckel 2007: 9/10, Schuleri-Hartje et al. 2005: 24-26, Tolciu/Schaland 2008: 538). Diese drei Kategorien wurden auch von den Frankfurter Interviewpartnern immer wieder aufgebracht.

Erstens gründen Migranten, entsprechend dem so genannten 'Nischenmodell', deshalb Unternehmen, weil sie eine Nachfrage nach bestimmten Produkten und Dienstleistungen von Seiten der Bevölkerung mit Migrationshintergrund erkennen, die von den bestehenden einheimischen Unternehmen nicht oder nicht hinreichend befriedigt wird. Beispiele für diese Art von Motiven sind so genannte Import-Export-Unternehmen, Lebensmittelgeschäfte und Restaurants, aber auch Immobilienagenturen und Versicherungsgesellschaften, die auf die Bedürfnisse von Migranten spezialisiert sind und diese Marktlücken füllen. Zu Beginn gehören die Kunden überwiegend zur selben ethnischen Gruppe wie der Unternehmer. Später erweitert sich der Kundenstamm meist und umfasst Mitglieder anderer Migrantengruppen ebenso wie Personen ohne Migrationshintergrund. Auch in Frankfurt gibt es zahlreiche Migrantenunternehmer, die auf Nischenmärkten operieren und migrantenspezifische Produkte und Dienstleistungen anbieten. Laut Einschätzung der interviewten Experten hat die Mehrzahl jedoch eine gemischte Kundschaft (vgl. Kapitel 4.2).

Zweitens kann die Entstehung des Unternehmertums von Migranten mit einer Präferenz für Selbstständigkeit und einer ‚Mentalität der Selbstständigkeit‘ erklärt werden (‚kulturelles Modell‘). Den meisten interviewten Experten zufolge ist solch eine ‚Mentalität der Selbstständigkeit‘ ein wichtiges Motiv für Selbstständige mit Migrationshintergrund in Frankfurt; ein so genannter Pull-Faktor, der die Migranten zum Unternehmertum ‚hinzieht‘. In diesem Zusammenhang erklärten mehrere Befragte – so auch die Mitarbeiterin der Arbeitsagentur, die regelmäßig Migranten berät –, dass Selbstständigkeit in den Herkunftsländern der Migranten ein hohes Ansehen genießt. Des Weiteren beschrieben viele der Interviewpartner Unternehmer mit Migrationshintergrund als im Durchschnitt „risikofreudiger“ (wie es der Vertreter der KWVD nannte) und „mutiger“ (betont vom Mitarbeiter der Wirtschaftsförderung) als Unternehmer ohne Migrationshintergrund. Migranten werden in ihrer Entscheidung, sich selbständig zu machen, auch von der Familientradition beeinflusst. Eltern oder andere Familienmitglieder, die ein Unternehmen gegründet haben, dienen als Vorbilder und verstärken den Wunsch nach Selbstständigkeit (vgl. Kompass 2008).

Die dritte Kategorie an Motiven ist vor allem bei Migranten der zweiten Generation vorzufinden. Hier ist die Selbstständigkeit eine Antwort auf die teilweise schwierige Situation der



Migranten auf dem Arbeitsmarkt. Dieser Ansatz vereint so genannte Push-Faktoren wie (Langzeit-)Arbeitslosigkeit und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt ebenso wie Pull-Faktoren, beispielsweise Aufstiegschancen, den Wunsch, sein eigener Chef zu sein, sowie das Streben nach Selbstverwirklichung und Unabhängigkeit. Diese wirtschaftlichen Gründe, gepaart mit Benachteiligungen aufgrund des Migrationshintergrunds, sind weitere wichtige Motive für den Schritt in die Selbständigkeit von Migranten in Frankfurt. Viele der in der Kompass-Broschüre porträtierten Unternehmer mit Migrationshintergrund berichteten, dass sie entweder ihr eigener Chef sein wollten oder schon Erfahrungen in einem bestimmten Arbeitsbereich gesammelt hatten und sich dann auf Grund von Arbeitslosigkeit selbständig machten. Die Vermeidung von (drohender) Arbeitslosigkeit ist ein Grund für Migrantenunternehmer in der Stadt, der vor allem in Krisenzeiten weit verbreitet ist, wenn die Situation auf dem Arbeitsmarkt angespannter ist. Zudem werden Qualifikationen, die Migranten in ihrem Herkunftsland erworben haben, oftmals in Deutschland nicht anerkannt. Folglich ist Selbständigkeit für viele Migranten ein Mittel, ihren Qualifikationen entsprechend zu arbeiten.

Die drei Erklärungsansätze sollten keinesfalls separat betrachtet werden, da es sich bei den Gründen für den Schritt in die Selbständigkeit bei Migranten eher um eine Kombination der unterschiedlichen Motive handelt. Dem interviewten Vertreter der IHK zufolge, der regelmäßig im engen Kontakt zu Migrantenunternehmern steht, sind wichtige Motive für den Schritt in die Selbständigkeit sowohl die Push-Faktoren Arbeitslosigkeit und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt als auch die Pull-Faktoren der höheren Reputation des Unternehmertums in den ethnischen Communities und die erhöhte Risikobereitschaft der Migranten. Pull-Faktoren scheinen dabei aber von höherer Bedeutung zu sein. Diese Einschätzung wird von mehreren Interviewpartnern geteilt, unter anderem vom Vertreter der KAV. Zudem gaben die befragten Experten an, dass sich die Gründe für Unternehmensgründungen bei Personen mit Migrationshintergrund nicht signifikant von den Gründen von Personen ohne Migrationshintergrund unterscheiden.

4.5 Probleme und Barrieren

Personen mit Migrationshintergrund begegnen einigen Problemen und Barrieren, wenn sie ein Unternehmen gründen und betreiben. Vor Ort interviewte Experten erwähnten einige migrantenspezifische Probleme, die im Folgenden beschrieben werden.

Die persönlichen Qualifikationen des Unternehmers spielen eine entscheidende Rolle beim Gründen und Leiten einer Firma. Hierbei sind das Bildungsniveau sowie unternehmerische Fähigkeiten wichtige Aspekte. Die Experten vor Ort glauben, dass die Qualifikationen von einigen Unternehmern – mit oder ohne Migrationshintergrund – nicht ausreichen, um ein Unternehmen und/oder Angestellte erfolgreich zu leiten. Geschäftspläne der Migrantenunternehmer fallen häufig „zu optimistisch“ aus, wie beispielsweise von den Interviewpartnern des Jobcenters erwähnt wurde. Des Weiteren suchen, einem Befragten der IHK zufolge, vie-



le potenzielle Unternehmer mit Migrationshintergrund lediglich Rat bei Freunden, Verwandten oder Konkurrenten und sind somit nur unzureichend oder gar falsch vorbereitet, wenn sie ihre Firma gründen und erfolgreiche Marketing- und Kundengewinnungsstrategien einführen wollen. Eine gewissenhafte Vorbereitung der Unternehmensgründung ist jedoch sehr wichtig. Um diesem Problem zu begegnen, versucht das von der Stadt finanzierte Zentrum für Existenzgründung ‚Kompass‘ Personen mit Migrationshintergrund systematisch anzusprechen (vgl. Kapitel 5.3).

Zweitens sind die Beschaffung von Krediten und das finanzielle Management für viele Migrantenunternehmer problematisch. Zum einen fehlt einigen das nötige Handwerkszeug, zum anderen ist es für Kleinstunternehmen generell schwieriger, Kredite zu bekommen. Dies gilt vor allem im Hotel- und Gaststättengewerbe, einer für Frankfurts Migrantenunternehmer typischen Branche. Gerade Migrantenunternehmer leihen sich, wenn sie keinen Kredit von den Banken erhalten, das Geld oftmals von Familienmitgliedern oder Freunden. Auch Frankfurter Unternehmer mit Migrationshintergrund schätzen eine familiäre Unterstützung als sehr wichtig im Hinblick auf finanzielle Probleme und andere Barrieren ein (vgl. Kompass 2008). Mehrere befragte Experten gaben an, dass einigen Selbständigen mit Migrationshintergrund zudem die Möglichkeiten der Unternehmensfinanzierung nicht bekannt sind. Dem kann mit Hilfe von Beratungs- und Unterstützungsangeboten vorgebeugt werden.

Hinzu kommt, dass viele Unternehmer (auch und gerade die mit Migrationshintergrund) die deutsche Bürokratie als Barriere betrachten und mit nationalen und lokalen Gesetzen und Vorschriften hadern, wie von einigen Experten (beispielsweise Mitarbeitern der Arbeitsagentur) angemerkt wurde. Einige Migrantenunternehmer – insbesondere diejenigen, die nicht in Deutschland aufgewachsen sind – haben Schwierigkeiten damit, die deutsche Geschäftskultur vollständig zu verstehen und Institutionen zu finden, an die sie sich Hilfe suchend wenden können. Auch wenn unzureichende Informationen über Gesetze und Vorschriften vor allem bei Unternehmern mit einem niedrigeren Bildungsniveau auftreten, gibt es der interviewten Vertreterin von Kompass zufolge auch migrantenspezifische Probleme und Barrieren im Hinblick auf Gesetze und Vorschriften. Dabei erweisen sich die (mangelnden) Kenntnisse der deutschen Sprache mancher Migrantenunternehmer als problematisch; insbesondere das in offiziellen Briefen verwendete Bürokratendeutsch bereitet vielen Unternehmern, vor allem aber denen mit Migrationshintergrund, Probleme (vgl. Kompass 2008). Einige Migranten haben zudem auf Grund von Erfahrungen aus ihrem Herkunftsland Schwierigkeiten damit, Kontakt zu nationalen oder kommunalen Behörden aufzunehmen oder mit diesen zusammenzuarbeiten. Des Weiteren stellen auch Vorurteile gegen Unternehmer mit Migrationshintergrund seitens der Mitarbeiter solcher Behörden und die Nichtanerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen Barrieren dar.



5 Politiken, Gesetze und Vorschriften

Dieses Kapitel gibt zunächst einen Überblick über nationale Gesetze und Vorschriften des formalen Zugangs zum Unternehmertum und über Missachtungen dieser Regeln auf kommunaler Ebene (5.1). Die weiteren Kapitel konzentrieren sich auf die städtische Strategie hinsichtlich des Unternehmertums von Migranten (5.2) sowie auf lokale Aktivitäten, Programme, Projekte und Netzwerke (5.3).

5.1 Gesetze und Vorschriften

Allgemeine Gesetze und Vorschriften

Der Zugang zur Selbstständigkeit ist in Frankfurt wie in jeder anderen deutschen Stadt geregelt, d. h. es gibt bestimmte Formalitäten, die jeder Unternehmer erfüllen muss. Zunächst muss der Selbständige eine Rechtsform für sein Gewerbe wählen. Diese Rechtsform beeinflusst die Steuern, die der Unternehmer zahlen muss, die Finanzierungsmöglichkeiten des Unternehmens und andere Rechtsvorschriften.

Im Allgemeinen muss ein neues Unternehmen beim Gewerbeamt registriert werden. Das Gewerbeamt informiert dann automatisch andere Behörden, bei denen das Unternehmen zusätzlich angemeldet werden muss. Dazu gehören das Finanzamt, das Ordnungsamt, die Berufsgenossenschaft, das Gewerbeaufsichtsamt und die Industrie- und Handelskammer (IHK) bzw. die Handwerkskammer (HWK) (vgl. BMWi 2010). Für die Überprüfung der Einhaltung sektorenspezifischer Hygiene- und Sicherheitsvorschriften ist das Gewerbeaufsichtsamt verantwortlich. Zudem müssen Mitarbeiter (und in einigen Fällen auch Selbständige) bei der örtlichen Berufsgenossenschaft versichert werden und es sind Sozialversicherungsbeiträge zur Renten-, Kranken-, Pflege- und Arbeitslosenversicherung vom Unternehmer für sich und seine Mitarbeiter zu entrichten (vgl. BMWi 2010).

Unternehmer müssen vier verschiedene Arten von Steuern zahlen: die Umsatz- bzw. Vorsteuer, die Einkommenssteuer, die Gewerbesteuer und die Körperschaftsteuer. Die Höhe der Steuern richtet sich nach der Größe des Unternehmens, der Rechtsform und danach, ob der Selbständige Gewerbetreibender ist oder seine Tätigkeit zu den freien Berufen gehört. Zudem gibt es die so genannte Kleinunternehmerregelung, die bei Unternehmern Anwendung findet, deren Gesamtumsatz (zuzüglich der darauf zu zahlenden Umsatzsteuer) im vorangegangenen Kalenderjahr nicht höher als 17.500 Euro lag und im laufenden Kalenderjahr 50.000 Euro nicht übersteigen wird. Fällt ein Unternehmer unter diese Kleinunternehmerregelung, so muss er keine Umsatzsteuer zahlen (vgl. BMWi 2010). Diese Regelung ist für Selbständige mit Migrationshintergrund von besonderem Interesse, weil die Mehrheit von ihnen Kleinstunternehmen besitzt.

Des Weiteren muss ein Unternehmensgründer bestimmte Hygiene- und Sicherheitsmaßnahmen befolgen und sich an Umwelt-, Arbeits- und Bauvorschriften halten. Nur wenige



Firmen, beispielsweise Partnervermittlungen oder Reisebüros, können ohne spezielle Genehmigungen gegründet werden. Für die meisten Unternehmen bedarf es spezifischer Genehmigungen und Qualifikationsnachweise.

Die einzuhaltenden Gesetze gelten für alle Unternehmer – ob diese einen Migrationshintergrund haben oder nicht. Für Drittstaatsangehörige gibt es jedoch zusätzliche Vorschriften: Drittstaatsangehörige, die schon in Deutschland leben, benötigen eine gültige Aufenthalts- und Arbeitserlaubnis, wenn sie ein Gewerbe gründen wollen. Drittstaatsangehörige, die nach Deutschland einwandern wollen, um sich dort selbständig zu machen, müssen die Vorgaben des Zuwanderungsgesetzes (§ 21) beachten. Dieses besagt, dass „einem Ausländer [...] eine Aufenthaltserlaubnis zur Ausübung einer selbständigen Tätigkeit erteilt werden [kann], wenn (1) ein übergeordnetes wirtschaftliches Interesse oder ein besonderes regionales Bedürfnis besteht, (2) die Tätigkeit positive Auswirkungen auf die Wirtschaft erwarten lässt und (3) die Finanzierung der Umsetzung durch Eigenkapital oder durch eine Kreditzusage gesichert ist“ (BMI 2005). Das ‚übergeordnete wirtschaftliche Interesse‘ ist im Allgemeinen gegeben, wenn der Unternehmer mindestens 250.000 Euro investiert oder fünf neue Arbeitsplätze schafft. Erfüllt der Unternehmer diese Voraussetzungen, so erhält er eine Aufenthaltserlaubnis für die Dauer von maximal drei Jahren. Wenn die Firma über diese Zeit erfolgreich ist, d. h. der Selbständige ausreichend Mittel zur Sicherung seines Lebensunterhalts verdient, erhält er eine Niederlassungserlaubnis.

Diese Regeln gelten nicht für EU-Bürger, denn diese brauchen auf Grund der Freizügigkeitsverordnungen innerhalb der Union keine Erlaubnis, um sich in Deutschland niederzulassen oder ein Gewerbe zu gründen. Die Freizügigkeitsregeln sind jedoch für Bürger der osteuropäischen Mitgliedstaaten, die 2004 und 2007 der EU beitraten, teilweise noch immer eingeschränkt: Für sie wird eine Arbeitserlaubnis nur erteilt, wenn die Stelle nicht mit einem Deutschen oder einem anderen EU-Bürger besetzt werden kann. Jedoch können sich auch die Bürger der osteuropäischen Mitgliedstaaten in Deutschland selbständig machen, ohne eine zusätzliche Erlaubnis zu benötigen. Man kann annehmen, dass diese Regelungen zu Scheinselbständigkeiten führen, wie in Kapitel 4.1 ausführlich beschrieben wurde.

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi) stellt umfassende Informationen zum Thema Unternehmensgründung in Deutschland in den Sprachen Deutsch, Englisch, Türkisch, Französisch, Russisch und Italienisch zur Verfügung. Auch auf der lokalen Ebene bieten Landesministerien, städtische Ämter und die Kammern Informationen, Beratung und Unterstützung für Unternehmensgründer an (vgl. Kapitel 5.3).

Branchenspezifische und räumliche Regeln und Vorschriften

Wie oben erwähnt, gibt es eine Vielzahl branchenspezifischer Vorschriften in Deutschland. Je nach Wirtschaftsbereich muss der Unternehmer verschiedene Genehmigungen einholen oder bestimmte Qualifikationen nachweisen können. Steuerberater sowie Betreiber von Kindertagesstätten und Pflegediensten, beispielsweise, benötigen spezielle Genehmigungen.



Eine Lizenz muss auch beantragt werden, wenn man, z. B. als Taxifahrer, Passagiere befördern möchte. Industrielle Anlagen, die einen besonderen Einfluss auf die Umwelt haben, müssen nach dem Bundesimmissionsschutzgesetz genehmigt werden. Im Hotel- und Gaststättengewerbe brauchen alle Selbständigen eine Erlaubnis, die sie vom Gewerbeamt nach der Teilnahme an einer eintägigen Unterweisung durch die IHK erhalten. Auch Unternehmer im Bewachungsgewerbe müssen an einer 80-stündigen Unterrichtung durch die IHK teilnehmen und zudem ihre persönliche Zuverlässigkeit sowie erforderliche Mittel oder Sicherheiten nachweisen, bevor sie eine Gewerbeerlaubnis erhalten (vgl. BMWi 2010).

Spezielle Voraussetzungen gelten auch für Personen, die sich mit einem Handwerksbetrieb selbständig machen wollen. Nach der Novellierung der Handwerksordnung im Jahr 2004 gibt es nun zwei Arten von Handwerksunternehmen. Gewerbe, die in Anlage A der Handwerksordnung aufgezählt werden, sind zulassungspflichtig. Sie umfassen ‚gefahrengeneigte‘ Berufe, bei denen durch unsachgemäße Ausübung Gefahren für die Gesundheit und das Leben der Kunden drohen. Beispiele dafür sind Berufe wie Maurer, Klempner, Bäcker oder Friseur. Um eine Zulassung für entsprechende Betriebe zu erhalten, muss der Selbständige in der Regel einen Meisterbrief besitzen oder einen Meister anstellen. Unternehmer mit der Staatsbürgerschaft eines EU- oder EEA-Landes, die keine Meister nach deutschem Recht sind, brauchen eine Ausnahmegenehmigung, um sich in einem zulassungsbeschränkten Handwerk selbständig zu machen. Dabei müssen sie eine dem deutschen Meisterbrief vergleichbare Qualifikation und mehrere Jahre Berufserfahrung nachweisen (vgl. BMWi 2007). Die zweite Art von Handwerksbetrieben ist in Anlage B der Handwerksordnung aufgelistet und beinhaltet zulassungsfreie Handwerke und handwerksähnliche Betriebe, für die der Unternehmer seit der Novellierung der Handwerksordnung keine Genehmigungen mehr benötigt. Der Selbständige muss weder ein Meister sein, noch spezifische Qualifikationen vorweisen, um ein Gewerbe in diesem Bereich zu gründen. Zu diesen Handwerken zählen beispielsweise Fliesenleger, Goldschmiede, Gebäudereiniger und Kosmetiker (vgl. BMWi 2009).

Die interviewten Experten erklärten, dass die Novellierung der Handwerksordnung bedeutende Auswirkungen auf Unternehmer mit Migrationshintergrund in Frankfurt hatte (vgl. Kapitel 4.1).

Illegale und informelle Praktiken

Keiner der interviewten Experten konnte nähere Informationen über illegale und informelle Praktiken von Unternehmern mit Migrationshintergrund geben. Einer Mitarbeiterin der Arbeitsagentur zufolge halten sich manche Migrantenunternehmer nicht an bestehende Gesetze, sondern ignorieren diese, was zu Verspätungszuschlägen und Regressforderung führt. Der interviewte Vertreter der KAV und einer der beiden Mitarbeiter der IHK, der in ständigem Kontakt zu Migrantenunternehmern steht, nahmen an, dass Unternehmer mit Migrationshintergrund eher weniger illegale Mitarbeiter haben und mehr darauf bedacht sind, die



Gesetze einzuhalten, da sie sich verstärkt im Fokus der lokalen Behörden sehen. Jedoch wusste keiner der Interviewpartner, zu welchem Ausmaß selbständige Migranten von Maßnahmen zur Bekämpfung von illegalen Praktiken betroffen sind. Sollten Migrantenunternehmer im Rahmen dieser Maßnahmen erwischt werden, so nehmen die befragten Experten an, werden sie behandelt wie alle anderen Unternehmer auch.

5.2 Frankfurts politische Strategie

Gesamtstrategie, Ziele und Zielgruppen

Dieses Kapitel untersucht die städtische Strategie hinsichtlich des Unternehmertums von Migranten im Bereich der Wirtschafts- und Integrationspolitik, beginnend mit letzterer.

In Deutschland legt die Integrationspolitik traditionell einen Fokus auf die Bereiche Soziales, Jugendarbeit, Sprache und Bildung. Aktivitäten, die direkt und systematisch Chancengleichheit auf dem Arbeitsmarkt fördern, spielen eine nur untergeordnete Rolle. Über viele Jahre hinweg war das Unternehmertum von Migranten kein Thema in der Integrationspolitik. Erst kürzlich wurden die Chancen erkannt, die Migranten als Unternehmensgründer mit sich bringen, und das Thema wird allmählich auf die integrationspolitische Agenda gesetzt. Auf nationaler Ebene, welche die lokalen Integrationsstrategien beeinflusst, skizziert der ‚Nationale Integrationsplan‘ Ziele und Empfehlungen zur Integration von Migranten. Der Integrationsplan beinhaltet zehn Bereiche; das Unternehmertum von Migranten ist hier lediglich ein Unterthema im Bereich ‚Förderung der Integration auf lokaler Ebene‘, in dem unter anderem die Einbeziehung von Migranten in die lokale Ökonomie erwähnt wird. Um lokale Migrantenunternehmen zu unterstützen, trafen die Bundesregierung, Gemeinden und Nichtregierungsorganisationen (NROs) freiwillige Vereinbarungen, insbesondere in den Bereichen finanzielle Unterstützung und Beratungsdienste (vgl. Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration 2007). Das Unternehmertum von Personen mit Migrationshintergrund ist somit ein Thema, das seit kurzem auf nationaler Ebene diskutiert und von der Regierung gefördert wird, aber nur eine kleine untergeordnete Rolle auf der nationalen Politikbühne spielt.

Dies trifft auch auf Frankfurt zu, wo dem Thema Unternehmertum von Migranten in der städtischen Integrationspolitik kaum Beachtung geschenkt wird. Die offiziellen Ziele der Frankfurter Integrationspolitik sind: (1) „dafür Sorge zu tragen, dass die Zuwanderer so schnell wie möglich gleichberechtigt am gesellschaftlichen und sozialen Leben teilhaben können“, (2) „Bedingungen für ein friedliches Zusammenleben aller Bürgerinnen und Bürger der Stadt herzustellen“ und (3) „der einheimischen Bevölkerung die notwendige Unterstützung zu geben, um Veränderungen und neue Herausforderungen zu bewältigen“ (Stadt Frankfurt 2010c). Um diese Ziele zu erreichen, konzentriert sich das städtische Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) vor allem auf Projekte zur Verbesserung der Sprachkenntnisse, Bildungsprogramme und Projekte zur Förderung der sozialen Integration von



Personen mit Migrationshintergrund, insbesondere Kindern, Jugendlichen und Frauen. Programme zur Unterstützung des Unternehmertums von Migranten gehören nicht zu den Aktivitäten des AmkA.

Der Entwurf von Frankfurts erstem Integrationskonzept¹⁶ schlägt eine Reihe von Handlungsfeldern vor, von denen eines den Titel ‚Wirtschaft und Arbeitsmarkt‘ trägt. Innerhalb dieses Handlungsfeldes wird Unternehmertum von Migranten erwähnt, aber nicht als wichtiges Thema behandelt. Dies ist, den interviewten Experten des AmkA zufolge, vor allem deshalb der Fall, weil zum einen andere Probleme und Herausforderungen dringender sind und zum anderen die Stadt bereits das Beratungszentrum Kompass unterstützt und finanziert, das (potenzielle) Migrantenunternehmer sehr gut berät (vgl. Kapitel 5.3).

Im Rahmen der städtischen Wirtschaftspolitik spielt das Unternehmertum von Migranten eine bedeutendere Rolle. Seit mehreren Jahren ist die Förderung von Selbständigkeit und internationalen Unternehmen ein wichtiger Bestandteil der wirtschaftspolitischen Strategie. Seit kurzem schenkt die Stadt auch Personen mit Migrationshintergrund, die ein Unternehmen gründen wollen, vermehrt Aufmerksamkeit, vor allem, da sie deren ökonomisches Potenzial erkannt hat. Laut Aussage des Interviewpartners der Wirtschaftsförderung gehören Personen mit Migrationshintergrund auch zur Zielgruppe der Stadt; diese werden größtenteils durch die Aktivitäten des Existenzgründungszentrums Kompass angesprochen und erreicht. Alle befragten Experten stimmten darin überein, dass die Stadt die Unterstützung von Unternehmern mit Migrationshintergrund fortführen sollte. Einige Interviewpartner, wie der Vertreter der KAV, wünschten sich mehr Angebote und Unterstützung.

Wichtige Akteure und Institutionen

Zuständig für die Förderung der lokalen Wirtschaft ist die städtische Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH. Sie zielt darauf ab, Wachstum und Arbeitsplätze in der Stadt zu schaffen, berät Unternehmen, verfolgt clusterbezogene Ansiedlungsstrategien und sieht sich als Beratungs- und Servicestelle für Frankfurter Unternehmen sowie ausländische Investoren (vgl. Kapitel 5.3). Damit ist diese politisch-administrative Institution einer der wichtigsten Akteure im Bereich Unternehmertum von Migranten in Frankfurt.

Im Hinblick auf Firmenneugründungen kann Kompass, das Zentrum für Existenzgründungen, als der bedeutendste Akteur zur Förderung des Unternehmertums von Migranten betrachtet werden. Kompass wird von der Wirtschaftsförderung, dem Bildungswerk der Hessischen Wirtschaft e.V. und dem Verein jump (bisher besser bekannt unter dem alten Namen

¹⁶ Im Oktober 2010 ist nach einer mehrstufigen öffentlichen Diskursphase das ‚Integrations- und Diversitätskonzept für Stadt, Politik und Verwaltung‘ von der Frankfurter Stadtverordnetenversammlung beschlossen worden. Das Konzept widmet sich in einem eigenen Kapitel den Themen ‚Wirtschaft und Arbeitsleben‘. Von besonderem Interesse im Zusammenhang mit der vorliegenden Studie sind die Handlungslinien 36 (Integration im Berufsleben fördern), 37 (Beurteilung ausländischer Abschlüsse erleichtern), 39 (Selbständigkeit unterstützen) und 40 (Fördernetzwerke ausbauen).



Frauenbetriebe – Qualifikation für die berufliche Selbständigkeit e.V.) finanziert. Einzelne Programme werden zudem vom städtischen Jugend- und Sozialamt, der Arbeitsagentur und dem Jobcenter finanziell unterstützt. Das Existenzgründungszentrum bietet (potenziellen) Selbständigen Beratungsangebote und versteht sich als Kompass für den Gründungsprozess. Es führt seine Projekte mit und im Auftrag von staatlichen Einrichtungen durch, beispielsweise der Stadt Frankfurt, der lokalen Arbeitsagentur und dem Rhein-Main-Jobcenter (vgl. Kapitel 5.3).

Neben Kompass und der städtischen Wirtschaftsförderung gibt es noch weitere relevante Institutionen für Unternehmensgründer mit und ohne Migrationshintergrund in der Stadt. Dazu zählen den befragten Experten zufolge:

- ▶ die Industrie- und Handelskammer Frankfurt (IHK) und die Handwerkskammer Rhein-Main (HWK),
- ▶ die Agentur für Arbeit Frankfurt und das Rhein-Main-Jobcenter,
- ▶ das städtische Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA),
- ▶ die Kommunale Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV),
- ▶ Migrantenorganisationen, insbesondere internationale Unternehmensverbände,
- ▶ das Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS) sowie
- ▶ Vereine, welche die Integration von Migranten auf dem Arbeitsmarkt unterstützen, beispielsweise der genannte Verein jumpp, der türkisch-deutsche Verein für Kultur und Bildung e.V./Kültür ve Egitim Derneği und der internationale Verein beramí.

Laut Aussage der Interviewpartner stehen diese Institutionen im guten Dialog miteinander und kooperieren bei der Durchführung verschiedener Projekte. Beispiele hierfür sind die regelmäßige Zusammenarbeit der Kammern mit der Stadt zur Förderung der wirtschaftlichen Zukunft Frankfurts, der Kontakt zwischen der Kroatischen Wirtschaftsvereinigung KWVD und der KAV sowie die intensive Kooperation zwischen Kompass, Migrantenvereinen und staatlichen Institutionen wie dem Jobcenter und der Wirtschaftsförderung in der Beratung zukünftiger Unternehmer.

Migrantenunternehmer sind in Frankfurt in die lokalen institutionellen Strukturen eingebunden. Die Mitgliedschaft in der IHK bzw. der HWK ist obligatorisch. Unternehmer mit Migrationshintergrund sind laut Aussage der Interviewpartner der KAV und von Kompass jedoch meist passive Mitglieder, die kaum in die Aktivitäten der Kammern einbezogen sind.

Des Weiteren haben Unternehmer mit Migrationshintergrund eigene ethnische Unternehmensverbände gegründet – von denen einige gute Beziehungen zur Stadt unterhalten, andere jedoch nicht gut vernetzt oder den lokalen Institutionen nicht einmal bekannt sind. Ob Migrantenunternehmer auch Mitglieder in anderen Unternehmensverbänden sind, kann auf Grund mangelnder Daten nicht beurteilt werden.



5.3 Lokale Aktivitäten

Beratung zur Förderung des Unternehmertums

Die zahlreichen erwähnten Akteure bieten diverse Maßnahmen und Programme an, um unternehmerische Fähigkeiten zu fördern. Meist sind dies allgemeine Maßnahmen, d. h. sie richten sich an alle Personen, die planen, ein Unternehmen zu gründen oder bereits selbstständig sind – unabhängig von deren Migrationshintergrund. Die Angebote der größten Dienstleister in diesem Bereich werden im Folgenden näher dargestellt.

Wie in Kapitel 5.2 bereits beschrieben wurde, ist die Wirtschaftsförderung für die Stärkung der lokalen Wirtschaft zuständig und zielt in diesem Sinne darauf ab, Wachstum und Arbeitsplätze in Frankfurt zu schaffen. Um dies zu erreichen, verfolgt sie clusterbezogene Ansiedlungsstrategien und agiert als Beratungs- und Servicestelle sowohl für ortsansässige Unternehmen als auch für ausländische Investoren. Die Mitarbeiter informieren über die Wirtschaftsstruktur, Märkte und Schlüsselbranchen in der Stadt, helfen Unternehmern bei der Suche nach Büros, Gewerberäumen, Grundstücken, Lagerräumen und Geschäften, initiieren Netzwerke und Branchentreffs und unterstützen Unternehmer bei Beschleunigung und Durchsetzung von genehmigungsrechtlichen Verfahren (vgl. Wirtschaftsförderung Frankfurt 2010c). Im Jahr 2009 haben die Mitarbeiter der Wirtschaftsförderung mehr als 1.000 Unternehmer beraten. Um Firmenneugründungen in den Schlüsselbranchen zu unterstützen, hat die Stadt zwei Gründungszentren aufgebaut – das Gründerhaus Kreativwirtschaft und das Frankfurter Innovationszentrum Biotechnologie (FIZ). Sie stellen Büroräume und Forschungseinrichtungen zur Verfügung und bieten Netzwerke für neu gegründete Firmen (vgl. Wirtschaftsförderung Frankfurt 2010a). Darüber hinaus kooperieren die Mitarbeiter der Wirtschaftsförderung eng mit anderen lokalen Institutionen wie Kompass.

Die Arbeitsagentur hat ebenfalls Beratungsangebote. Sie richten sich an Kurzarbeitslose (weniger als ein Jahr arbeitslos), die sich selbständig machen wollen. Zunächst beinhaltet dies ein persönliches Gespräch, Beratung durch einen Arbeitsvermittler und allgemeine Informationen über den Schritt in die Selbständigkeit und Finanzierungsmöglichkeiten. Interessierte Personen können dann an einem zweiwöchigen Seminar für potenzielle Existenzgründer teilnehmen, das zwar von der Arbeitsagentur finanziert, aber von einer externen Bildungseinrichtung durchgeführt wird. Der Anteil der Migranten an den Teilnehmern wird nicht erhoben.

Während die Arbeitsagentur für Kurzarbeitslose zuständig ist, betreut das Rhein-Main Jobcenter Langzeitarbeitslose sowie Personen, die angestellt oder selbständig sind, ihren Lebensunterhalt jedoch mit ihrem Job nicht allein bestreiten können (vgl. Kapitel 3.2). Für diese Personengruppe hat das Jobcenter ein vierstufiges Beratungsangebot entwickelt: Erstens bietet das Jobcenter monatliche Informationsveranstaltungen an, in denen die Mitarbeiter interessierte Personen über den Schritt in die Selbständigkeit und Fördermöglichkeiten informieren. Zweitens analysiert ein Mitarbeiter zusammen mit dem potenziellen Unter-



nehmer dessen Kompetenzen in einem persönlichen Gespräch (Profiling). In einem dritten Schritt organisiert das Jobcenter maximal zehn Gründungsvorbereitungssitzungen, in denen ein Geschäftsplan (inklusive Finanzierungsplan) vorbereitet und erstellt wird. Viertens bekommt der Unternehmer ein Minimum an acht Gründungsnachbereitungssitzungen und wird somit im ersten Jahr nach der Gründung begleitet. Die Schritte drei und vier werden von externen Einrichtungen, beispielsweise Kompass, durchgeführt. Durchschnittlich nehmen etwa 30 Langzeitarbeitslose an den monatlichen Informationsveranstaltungen teil, etwa 20 bis 25 Personen bekommen ein Profiling und circa 20 Personen erhalten pro Monat eine Gründungsvorbereitungssitzung. Am Ende sind 30% der Teilnehmer insofern erfolgreich, als dass sie keine weitere Unterstützung vom Jobcenter mehr benötigen. Ob dies daran liegt, dass das neu gegründete Unternehmen tatsächlich erfolgreich ist, oder ob die jeweiligen Personen einen Arbeitsplatz gefunden haben und somit keine Unterstützung durch das Jobcenter mehr benötigen, wird in den Statistiken leider nicht erfasst. Auch der Migrantenteil in diesem Prozess wird vom Jobcenter nicht erhoben und bleibt somit unbekannt. Für Personen, die schon selbständig sind, aber ihren Lebensunterhalt nicht allein bestreiten können, analysiert das Jobcenter die wirtschaftliche Situation des Unternehmens. Wenn es dabei feststellt, dass die Unternehmer Hilfe benötigen, bekommen diese Unterstützung, vergleichbar mit den oben beschriebenen Schritten drei und vier. Die Teilnehmerraten in diesem Prozess sind jedoch ebenfalls unbekannt.

Die beiden Kammern sind weitere Akteure im Bereich der Unterstützung für Unternehmer. Die Handwerkskammer (HWK), beispielsweise, hat für potenzielle Unternehmer das StarterCenter Rhein-Main gegründet. Es wird vom Bundesland Hessen und dem Europäischen Sozialfonds finanziert und hat das Ziel, eine zentrale Anlaufstelle für Existenzgründer im Handwerk zu sein. Das StarterCenter hilft mit Formalitäten, informiert die potenziell selbständigen Handwerker und stellt eine Onlineplattform für die Registrierung bei Behörden zur Verfügung. Die Kammern haben jedoch keine spezifischen Angebote für Personen mit Migrationshintergrund im Bereich der Beratung von (potenziellen) Unternehmern.

Eine zentrale Institution, die Beratung für Personen mit und ohne Migrationshintergrund, die sich selbständig machen wollen, anbietet, ist Kompass, das bereits genannte Zentrum für Existenzgründungen. Kompass wurde im Jahr 2000 gegründet und bietet Beratung für potenzielle Unternehmer in vier Phasen an: (1) Orientieren & informieren, (2) Planen & qualifizieren, (3) Starten & umsetzen sowie (4) Sichern & wachsen. Innerhalb der ersten beiden Phasen, die sich auf die Zeit vor der Gründung konzentrieren, besucht der Kunde unter anderem Informationsveranstaltungen, ein Gründungsprofiling, persönliche Orientierungsgespräche, Ideenworkshops, Seminare und ein Businessplan Coaching. Danach unterstützt Kompass seine Kunden bei der eigentlichen Gründung des Unternehmens, beispielsweise durch ein Umsetzungscoaching und Unterstützungsteams (Phase 3) und setzt das Beratungsangebot auch während der ersten fünf Jahre nach der Gründung fort, z. B. durch Betriebsanalyse, Aufbaucoaching, Seminare und Firmenhilfe (Phase 4). Des Weiteren organisiert Kompass die



Plattform ‚Netzwerkauktion‘ zum Austausch von Fachkompetenzen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene, beispielsweise über Gesetze und Vorschriften in anderen Ländern. Das Zentrum hilft Selbständigen auch bei der Suche nach Geschäftsräumen. Unternehmer können unter anderem relativ günstig Büros in den Räumlichkeiten von Kompass mieten.

Seit seiner Gründung im Jahr 2000 wandten sich circa 17.000 potenzielle Unternehmer an Kompass; etwa 4.500 von ihnen gründeten tatsächlich ein Unternehmen mit Unterstützung in den vier Phasen. Einer Auswertung zufolge existieren nach fünf Jahren noch 80% der Unternehmen, die mit Hilfe von Kompass gegründet wurden (vgl. Kompass 2010). Somit fördert Kompass eindrucksvoll eine nachhaltige Entwicklung der Firmen.

Kompass nimmt sich aller Arten von Unternehmern als Zielgruppe an und bietet seine Beratung „gemäß eines sozio-ökonomischen Konzepts“ an, wie es die befragte Expertin von Kompass beschrieb. Auch die Mitarbeiter haben unterschiedliche (ethnische) Hintergründe. Im Rahmen der Gründungsberatung in den beschriebenen vier Phasen folgt Kompass einem individualisierten Ansatz, der nicht nur wirtschaftliche Fakten, sondern auch soziale Umstände berücksichtigt. Seit 2005 achten die Mitarbeiter vermehrt darauf, nicht nur Deutsche ohne Migrationshintergrund zu erreichen, sondern auch Migranten.

Um dieses Ziel zu erfüllen, hat Kompass seine Art, auf Kunden mit Migrationshintergrund zuzugehen, geändert. Es hat Zugangsbarrieren von Migranten zu seinen Angeboten abgebaut, indem es beispielsweise mit lokalen Migrantenvereinen und ethnischen Unternehmensverbänden kooperiert. In speziellen Workshops hat das Kompass-Team Mitglieder von Migrantenorganisationen zu so genannten Gründerscouts qualifiziert. Diese wurden darin ausgebildet, potenzielle Unternehmer in ihren Vereinen zu erkennen und zu unterstützen. Folglich agieren die Teilnehmer als Multiplikatoren und können anderen Mitgliedern ihrer Vereine dabei helfen, sich selbständig zu machen.

Des Weiteren brachte Kompass in Zusammenarbeit mit der Wirtschaftsförderung und dem AmkA den ‚Ratgeber für Gründerinnen und Gründer aller Nationalitäten‘ heraus (Kompass 2008). In diesem werden 15 erfolgreiche Unternehmen porträtiert, die von Personen mit Migrationshintergrund in der Stadt gegründet wurden. Die selbständigen Migranten stellen ihr Unternehmen vor und berichten von Schwierigkeiten, die sie vor, während und nach der Gründung hatten und wie sie die Probleme gelöst haben. Die Broschüre lässt erfolgreiche Migrantenunternehmer in Frankfurt ‚sichtbar‘ werden und trägt damit dazu bei, potenzielle Unternehmer zu ermutigen, ihre Ideen umzusetzen.



Abbildung 15: Broschüre über Migrantenunternehmer



Quelle: <http://www.kompass.de>

Die Strategie, einen Fokus auf potenzielle Selbständige mit Migrationshintergrund zu legen, erwies sich als erfolgreich. Seit 2005 hat es Kompass geschafft, den Anteil der Kunden mit Migrationshintergrund von 30% auf 50% zu erhöhen. Mit seinen vielen Angeboten ist Kompass ein herausragendes und bewährtes Beispiel für die Unterstützung des Unternehmertums von Personen mit Migrationshintergrund in Frankfurt.

Finanzielle Unterstützung

Es gibt verschiedene Möglichkeiten für Existenzgründer, finanzielle Unterstützung zu erhalten. Die oben erwähnten Beratungszentren sind hierbei wichtige Akteure, da sie (potenzielle) Unternehmer über Finanzierungsmöglichkeiten informieren. Eine zentrale Rolle spielen auch die örtlichen Banken und Sparkassen, die Unternehmer beraten, die sich um einen Kredit bewerben. Laut Aussage der Interviewpartner gibt es bei diesen keine speziellen Angebote für Unternehmer mit Migrationshintergrund.

Neben Krediten von Banken gibt es für Unternehmer in Deutschland noch weitere Finanzierungsmöglichkeiten. Existenzgründer, die einen relativ geringen Betrag benötigen und/oder Probleme haben, Kredite von Banken zu erhalten (was oftmals im Hotel- und Gaststättengewerbe der Fall ist), können sich für ein Mikro-Darlehen der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) bewerben. Die Wirtschaftsförderung ist ein weiterer Anbieter von finanzieller Unterstützung für Firmenneugründer. Sie gibt Informationen über die Partner des Gründungsberatungnetzwerks, vor allem auch in der Broschüre ‚Gründungsberatung / Gründungsfinanzierung in Frankfurt‘. Zudem hat sie den Frankfurter Gründungsfonds eingeführt – einen Mikrofinanzfonds zur Förderung kleiner neuer Unternehmen und Firmenneugründungen. Im Rahmen dieses Fonds stellt die Stadt in den Jahren 2010 und 2011 etwa 1,5 Millionen Euro zur Verfügung, um damit in Kooperation mit lokalen Banken Kreditbürgschaften für neu gegründete Unternehmen bereitzustellen. Des Weiteren vergibt die Stadt jährlich den Frankfurter



Gründerpreis (FGP) an herausragende und potenziell erfolgreiche neue Unternehmen (vgl. Wirtschaftsförderung Frankfurt 2010a).

Existenzgründer, die aus der Arbeitslosigkeit kommen, haben zudem die Möglichkeit, Zuschüsse der Arbeitsagentur und des Jobcenters zu erhalten. Innerhalb der ersten neun Monate der Arbeitslosigkeit können sich Unternehmensgründer bei der örtlichen Arbeitsagentur für Beihilfen bewerben. Wenn sie einen Erfolg versprechenden Geschäftsplan vorweisen können, erhalten sie einen monatlichen Gründungszuschuss für Sozialversicherungsausgaben von 300 Euro zusätzlich zu ihrem Arbeitslosengeld. Dieser wird für ein halbes Jahr gezahlt, mit Option auf Verlängerung für weitere sechs Monate. Personen, die sich aus der Langzeitarbeitslosigkeit heraus selbständig machen wollen, können sich beim Rhein-Main Jobcenter für das monatliche Einstiegsgeld bewerben. Die Höhe dieser Beihilfe wird individuell festgelegt und kann für bis zu 24 Monate gewährt werden. Beide Zuschüsse basieren auf deutschlandweiten Regelungen. Informationen über diese Finanzierungsmöglichkeiten werden jedoch bei der entsprechenden Stelle vor Ort erteilt. Aus einer Analyse der Arbeitsagentur geht hervor, dass zwischen 2005 und 2009 lediglich ein Fünftel bis zu einem Viertel aller Existenzgründer aus der Arbeitslosigkeit, die in der Region Frankfurt diese Zuschüsse in Anspruch genommen haben, Personen mit Migrationshintergrund waren.

Programme zur Förderung der Beschäftigung in Migrantunternehmen

In Frankfurt gibt es eine Vielzahl an Seminaren und Kursen für Selbständige, die von der Stadt in Kooperation mit Vereinen (wie KUBI und beramî), den Kammern, der Arbeitsagentur und der Volkshochschule (VHS) angeboten werden. Sie beinhalten Themen wie Rechtsangelegenheiten, Arbeitsorganisation, Marketing, Management oder Betriebswirtschaftslehre. Wie die meisten anderen Projekte in der Stadt sind auch die Kurse allgemeine Angebote, die sich an die Gesamtbevölkerung – mit und ohne Migrationshintergrund – richten.

Von Zeit zu Zeit organisieren die verschiedenen Institutionen auch migrantenspezifische Angebote. Die lokale Handwerkskammer führte beispielsweise zusammen mit dem Verband Türkischer Unternehmer und Industrieller in Europa (ATIAD), dem türkischen Generalkonsulat in Frankfurt und der Stadt eine zweisprachige Informationsveranstaltung für Friseure mit türkischem Hintergrund durch. Dabei werden die Teilnehmer über Firmengründungen, Ausbildungsplätze, Weiterbildungsmöglichkeiten, die Meisterprüfung und Finanzierungsmöglichkeiten informiert (vgl. ATIAD 2010).

Darüber hinaus gibt es zwei positive Beispiele im Bereich des Zugangs zu Beschäftigung in Migrantunternehmen: die Projekte IUBA und KWVD pro Ausbildung. Das Projekt IUBA (Internationale Unternehmen bilden aus) ist ein Kooperationsprojekt der Arbeitsgemeinschaft der Hessischen Industrie- und Handelskammern und dem Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS), gefördert durch das Land Hessen und den Europäischen Sozialfonds. Von 2001 bis 2010 läuft das Projekt an verschiedenen Standorten



in Hessen, insbesondere in Frankfurt, mit dem Ziel, Unternehmer mit nicht-deutscher Herkunft dafür zu gewinnen, Ausbildungsplätze für Jugendliche anzubieten.

Bei der IHK Frankfurt wurde hierfür die Position eines speziellen Beraters eingerichtet, der Unternehmer mit Migrationshintergrund anspricht, sie auf die Vorteile von eigenen Auszubildenden aufmerksam macht, die notwendige Ausbildereignungsprüfung der Ausbilder in den Betrieben finanziert und im Laufe der Ausbildungszeit für die Unternehmer als Ansprechpartner zur Verfügung steht. Im Rahmen dieser Aktivitäten bekommt die IHK auch Zugang zu Gruppen, mit denen sie zuvor nur begrenzt Kontakt hatte, wie unter anderem die Interviewpartnerin von INBAS betonte: „Das Projekt öffnet die Türen der IHK für Unternehmer mit Migrationshintergrund.“

Abbildung 16: IUBA - Internationale Unternehmen bilden aus



Quelle: IUBA 2010

Auf der Nachfrageseite wirbt IUBA bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund und deren Eltern für die Ausbildung im dualen Bildungssystem – vermittelt aber selbst keine Ausbildungsplätze, sondern verweist hierfür auf andere Institutionen wie das Arbeitsamt.

Bis Mitte 2009 wurden rund 4.000 zusätzliche Ausbildungsplätze in internationalen Unternehmen gewonnen. Der Großteil der neuen Ausbildungsplätze (65%) wurde in kleineren Unternehmen geschaffen, die nur einen Ausbildungsplatz anbieten. Die Ausbildungsplätze können ausschließlich dem tertiären Sektor (hauptsächlich Handel und Gastronomie) zugeordnet werden. Die meisten Unternehmer, die Dank IUBA einen Ausbildungsplatz geschaffen haben, sind türkischer Nationalität (38%), gefolgt von Italienern (10%). 16% der Unternehmer haben die Nationalität eines anderen EU-Landes, 36% die eines Drittstaats. Die Auszubildenden sind mehrheitlich deutsch (59%), oftmals mit Migrationshintergrund, oder türkisch (20%).

Ein zweites empfehlenswertes Beispiel zur Förderung der Beschäftigung in Migrantunternehmen ist das Projekt KWVD pro Ausbildung der Kroatischen Wirtschaftsvereinigung KWVD, das im Dezember 2009 begann. Es zielt auf die Erhöhung der Einstellung von Auszubildenden in Migrantunternehmen, mit einem Schwerpunkt auf Unternehmer mit kroa-



tischem, bosnischem, serbischem und montenegrinischem Hintergrund. Dabei sollen die Unternehmen bei der Schaffung neuer Ausbildungsplätze und der Suche nach passenden Auszubildenden unterstützt werden. Zum anderen will das Projekt potenzielle Auszubildende unterstützen. Die Projektmitarbeiter verteilen zweisprachige Informationsbroschüren an diese, helfen ihnen beim Erstellen der Bewerbungsunterlagen und betreuen sie während der Ausbildung. Bis zum Ende der Projektlaufzeit im November 2011 plant die KWVD, etwa 260 Unternehmen zu kontaktieren und bis zu 100 Ausbildungsberatungsgespräche zu führen. Mindestens 65 zusätzliche Ausbildungsplätze sollen im Rahmen des Projekts entstehen, was somit die regionale Ausbildungslandschaft verbessert. Finanziert wird das Projekt aus nationalen und europäischen Mitteln.

Dem befragten Experten der Wirtschaftsförderung zufolge ist Frankfurt „Deutschlands internationalste Stadt“. Dementsprechend ist auch die internationale Vernetzung gut. Die Stadt nutzt die interkulturelle Kompetenz und die transnationalen ökonomischen Beziehungen der in Frankfurt ansässigen Unternehmer mit Migrationshintergrund, um die wirtschaftliche Entwicklung zu verbessern. Ein wichtiger Akteur in diesem Bereich ist die ‚FrankfurtRheinMain GmbH International Marketing of the Region‘. Diese Organisation wurde von verschiedenen Städten in der Region Frankfurt ins Leben gerufen und wirbt international für die Region. Sie konzentriert sich dabei meist auf größere Firmen und Staaten wie die USA, China und Indien. Der Interviewpartner der Wirtschaftsförderung merkte jedoch auch an, dass die transnationalen ökonomischen Verbindungen der Migranten, die kleine Unternehmen in Frankfurt besitzen, kaum genutzt werden. Die Wirtschaftsförderung wendet sich allerdings auch an kleine Migrantenunternehmen, wenn sie die Vorzüge der Stadt präsentiert und bewirbt. Des Weiteren setzen sich die ausländischen Unternehmensverbände und die IHK dafür ein, dass Unternehmen in Frankfurt und im Ausland vernetzt sind.

6 Fazit: Herausforderungen und Empfehlungen

Frankfurt am Main ist eine sehr internationale Stadt. 2008 hatte Frankfurt eine Gesamtbevölkerung von 672.667 Personen. Davon waren 25% ausländische Staatsangehörige und 13% Deutsche mit Migrationshintergrund. Somit hatten 38% der Einwohner einen Migrationshintergrund (oder Migrationshinweis, wie es in der amtlichen Statistik der Stadt genannt wird).

Die städtische Wirtschaft wurde schon immer von Finanzdienstleistungen, der Börse und dem Handel geprägt. Dieser Schwerpunkt wurde vom Prozess der Tertiärisierung noch verstärkt. Als Ergebnis einer weiteren Verschiebung hin zu einer Dienstleistungsgesellschaft arbeiten heute fast 90% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten der Stadt im tertiären Sektor. Etwa 8% der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter sind Selbständige.

Kleine und mittlere Unternehmen (KMUs) mit weniger als 250 Mitarbeitern sind in der Stadt am häufigsten anzutreffen. Dabei spielen auch ‚internationale Unternehmen‘ eine wichtige Rolle. Mindestens jedes fünfte Unternehmen in der Stadt (20,1%) wird von einem ausländi-



schen Staatsangehörigen (oder mehrheitlich von ausländischen Staatsangehörigen) geführt und wird somit in Frankfurt als ein ‚internationales Unternehmen‘ bezeichnet. Die bei weitem größte Gruppe der ausländischen Unternehmer bilden Polen, gefolgt von Türken, Italienern, US-Amerikanern und Griechen.

Obwohl der Anteil der Unternehmer mit einem ausländischen Hintergrund in Frankfurt schon relativ hoch ist, steigt er auch weiterhin an. Während ‚lediglich‘ ein Viertel der Einwohner Frankfurts eine ausländische Staatsangehörigkeit besitzen, wurde im Jahr 2007 jedes zweite Unternehmen in der Stadt von einem Ausländer gegründet. Und während Migrantenunternehmer früher vor allem auf Nischenmärkten agierten und Unternehmen in Bereichen gründeten, für die nur geringe Qualifikationen notwendig waren, kann man Unternehmer mit Migrationshintergrund heute in allen Branchen und Berufen finden; sie versorgen eine große Bandbreite an Märkten und Kunden.

Gründe für den Schritt in die Selbständigkeit scheinen bei Unternehmern mit Migrationshintergrund eine Mischung aus so genannten Push-Faktoren, wie Arbeitslosigkeit und Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt, und so genannten Pull-Faktoren, wie ein höheres Einkommen, ein besseres Ansehen in der ethnischen Community oder eine stärkere Risikobereitschaft, zu sein. Den meisten interviewten Experten zufolge scheinen die Pull-Faktoren als Motive zu überwiegen.

Obwohl viele Unternehmer mit Migrationshintergrund erfolgreich sind, sehen sie sich auch mit Problemen konfrontiert. Meist unterschieden sich diese Schwierigkeiten nicht von denen, auf die auch Unternehmer ohne Migrationshintergrund stoßen. Im Vergleich zu letzteren scheinen Migrantenunternehmer jedoch manchmal einen zu optimistischen Geschäftsplan zu haben, professionelle Beratungsangebote seltener in Anspruch zu nehmen und mehr Schwierigkeiten zu haben, einen Kredit zu bekommen.

Im Rahmen der städtischen Integrationspolitik spielt das Unternehmertum von Migranten lediglich eine untergeordnete Rolle; auch das Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) führt in diesem Bereich keine Projekte durch. Innerhalb der lokalen Wirtschaftspolitik nehmen internationale Unternehmen und Selbständige mit Migrationshintergrund eine bedeutendere Rolle ein. Vor kurzem begann die Frankfurter Wirtschaftsförderung damit, Migrantenunternehmer als Zielgruppe zu betrachten und auf die Bedürfnisse von Migranten angepasste Informations- und Beratungsangebote finanziell zu unterstützen.

Neben diesen wenigen speziellen Angeboten können Migranten auf allgemeine Maßnahmen und Programme zur Förderung des Unternehmertums zurückgreifen, die sich an alle (potenziellen) Unternehmer in der Stadt wenden, ungeachtet deren Migrationshintergrunds. Diese beinhalten Beratung zur Verbesserung der unternehmerischen Fähigkeiten und finanzielle Unterstützung und werden beispielsweise von der Arbeitsagentur, dem Jobcenter, den Kammern und der Wirtschaftsförderung bereitgestellt. Zudem ist an dieser Stelle Kompass, das Zentrum für Existenzgründungen, zu nennen, das potenzielle Unternehmensgründer



berät: Das Zentrum führte migrantensensible Dienstleistungen wie zweisprachige Beratungsangebote ein und arbeitet eng mit Migrantenvereinen zusammen, um auch Interessierte und Unternehmer mit Migrationshintergrund zu erreichen. Im Rahmen einer Initiative qualifiziert Kompass Vertreter von Migrantenvereinen als so genannte Gründerscouts, die ihr Wissen dann an die Mitglieder der Organisationen weitergeben.

Zudem müssen noch zwei innovative Maßnahmen zur Schaffung von Ausbildungsplätzen in Migrantenunternehmen hervorgehoben werden. Das Projekt ‚Internationale Unternehmen bilden aus‘ (IUBA) wurde als Kooperation zwischen der IHK und dem Institut für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS) 2001 ins Leben gerufen. Seitdem haben die Mitarbeiter durch Informationsveranstaltungen und persönliche Kontakte Selbständige mit Migrationshintergrund dazu gebracht, etwa 4.000 zusätzliche Ausbildungsstellen in ihren Unternehmen zu schaffen. Das Projekt ‚KWVD pro Ausbildung‘ der Kroatischen Wirtschaftsvereinigung, das Ende 2009 startete, zielt auch auf die Schaffung zusätzlicher Ausbildungsplätze ab, legt seinen Schwerpunkt jedoch auf Unternehmen von Personen mit kroatischem, bosnischem, serbischem oder montenegrinischem Hintergrund.

Abschließend kann festgehalten werden, dass mindestens jedes fünfte Unternehmen in Frankfurt von einem ausländischen Staatsangehörigen geführt wird. Folglich spielt das Unternehmertum von Migranten eine wichtige Rolle für die lokale Wirtschaft. Dennoch sehen die meisten lokalen Akteure den ethnischen Hintergrund eines Unternehmers nicht als Merkmal an, das erhoben werden sollte. Um jedoch in der Lage zu sein, effektive und effiziente Programme starten oder modifizieren zu können, die Migrantenunternehmen zu wirtschaftlichem Erfolg verhelfen sollen, sind Daten über diese eine wichtige Voraussetzung. Auch um in die defizitorientierte Integrationsdebatte eine ressourcenorientierte Sicht zu bringen, wären solche positiven Daten von Nutzen. Aus diesen Gründen wird der Stadt empfohlen, mehr Informationen über Migrantenunternehmer und deren Firmen zu sammeln.

Trotz der begrenzten Informationen gibt es einige sehr gute Projekte zur Förderung des Unternehmertums von Migranten in Frankfurt, die als vorbildhaft betrachtet werden können und auch in anderen Städten eingeführt werden könnten. Nichtsdestoweniger äußerten die interviewten Experten teilweise den Wunsch nach mehr migrantensensiblen Dienstleistungen und Unterstützung, da die bereits bestehenden Projekte nicht alle potenziellen Selbständigen mit Migrationshintergrund erreichen können. Auch wir können nur empfehlen, die existierenden Aktivitäten auszubauen. Indem sie dies tut, könnte die Stadt Frankfurt das Unternehmertum von Migranten weiter fördern und dabei noch stärker vom Potenzial der Migrantenunternehmer sowohl für die lokale Wirtschaft als auch für die städtische Gesellschaft profitieren.



Bibliographie

- Agentur für Arbeit Frankfurt/Main, Kurzarbeit im Bezirk der Agentur für Arbeit Frankfurt am Main, Pressemitteilung, Frankfurt am Main, 2009.
- ATIAD, Trends setzen mit Weiterbildung – Informationsveranstaltung für türkische Friseurbetriebe, Frankfurt am Main, 2010.
- Baden, C./Schmid, A., Beschäftigung von Migranten in der Region Rhein-Main – IWAK-Betriebsbefragung im Herbst 2008, IWAK-Report 1/2009, Frankfurt am Main, 2009.
- Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Der Nationale Integrationsplan, Neue Wege – Neue Chancen, Berlin, 2007.
- Bundesagentur für Arbeit, Statistik (Hg.), Arbeitsmarkt in Zahlen – Kreisreport Frankfurt am Main 12/2006, Nürnberg, 2006.
- Bundesagentur für Arbeit, Statistik (Hg.), Arbeitsmarkt in Zahlen – Kreisreport Frankfurt am Main, 12/2009, Nürnberg, 2009.
- Bundesministerium des Innern (BMI), Gesetz über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet (Zuwanderungsgesetz), Berlin, 2005.
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales, Mit Kurzarbeit die Krise meistern, online unter http://www.bmas.de/portal/31222/a843__Flyer__kurzarbeit.html [18.02.2010], 2010.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWFi), GründerZeiten – Informationen zur Existenzgründung und -sicherung – Nr. 10: Gründungen durch Migranten, Berlin, 2007.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWFi), GründerZeiten – Informationen zur Existenzgründung und -sicherung – Nr. 48: Existenzgründung im Handwerk, Berlin, 2009.
- Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWFi), Existenzgründungsportal, Wege in die Selbständigkeit – Vorbereitung – Gründungswissen, online unter <http://www.existenzgruender.de/selbstaendigkeit/vorbereitung/gruendungswissen/index.php> [18.02.2010], 2010.
- BusinessWeek Online, 29. Februar 2000, online unter http://www.businessweek.com/2000/00_09/b3670019.htm [18.02.2010], 2000.
- Constant, A./Zimmermann, K.F., The Making of Entrepreneurs in Germany: Are Native Men and Immigrants Alike?, in: Small Business Economics (2006) 26, S. 279 – 300, New York, 2006.
- Europäische Kommission, Fakten und Zahlen über die kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) der EU, online unter http://ec.europa.eu/enterprise/policies/sme/facts-figures-analysis/index_de.htm [18.02.2010], 2009.
- Frankfurt School of Finance and Management, Finanzplatzbarometer, online unter <http://www.frankfurt-school.de/content/de/research/publications/finanzplatzbarometer.html> [18.02.2010], 2010.



- Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt am Main, Wirtschaft International – Ausländische Unternehmen im IHK-Bezirk Frankfurt am Main, Frankfurt am Main, 2009.
- Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt am Main, Konjunktur im IHK-Bezirk Frankfurt am Main – Jahresbeginn 2010, Frankfurt am Main, 2010.
- Institut für Mittelstandsforschung der Universität Mannheim (ifm), Die Bedeutung der ethnischen Ökonomie in Deutschland – Push- und Pull-Faktoren für Unternehmensgründungen ausländischer und ausländischstämmiger Mitbürger, Studie im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit, Mannheim, 2005.
- Internationale Unternehmen bilden aus (IUBA), Website des IUBA-Projekts, online unter <http://www.iuba.de> [18.02.2010], 2010.
- Jaeckel, M., Existenzgründung von Migrantinnen und Migranten – Konzepte und Handlungsstrategien zur Arbeitsmarktintegration von Migrantinnen und Migranten, erstellt im Auftrag des Netzwerks ‚Integration durch Qualifizierung‘ (IQ), Düsseldorf, 2007.
- Jung, M./Abaci, K., Migranten als Unternehmer in Deutschland, Berlin, 2005.
- Kompass, „Wir unternehmen was in Frankfurt“ Ratgeber für Gründerinnen und Gründer aller Nationalitäten, Frankfurt am Main, 2008.
- Kompass, Zahlen, Daten, Fakten, online unter <http://www.kompassfrankfurt.de/index.php?p=65> [18.02.2010], 2010.
- Lüken-Klaßen, D., Diversity policy in employment and service provision – Case study: Frankfurt, Germany, Dublin, 2009.
- Lüken-Klaßen, D./Pohl, F., Intercultural policies and intergroup relations – Case study: Frankfurt am Main, Germany, Dublin, 2010.
- Rath, J., Ethnic Entrepreneurship, Konzeptpapier für das 4. Modul des CLIP-Projekts, Amsterdam, 2009.
- Sautter, H., Wohnraumbericht Frankfurt am Main, Darmstadt, 2004.
- Schuleri-Hartje, U.-K./Floeting, H./Reimann, B., Ethnische Ökonomie. Integrationsfaktor und Integrationsmaßstab, Darmstadt und Berlin, 2005.
- Stadt Frankfurt am Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hg.), Frankfurter Statistische Berichte Nr. 4'2004: Demographische Kurzportraits für ausländische Nationalitäten in Frankfurt, Frankfurt am Main, 2004.
- Stadt Frankfurt am Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hg.), Frankfurter Statistik Aktuell Nr. 20'2008: Frankfurt am Main in der Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main: Erwerbstätigkeit 2006, Frankfurt am Main, 2008a.
- Stadt Frankfurt am Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hg.), Frankfurter Statistische Berichte 4'2008: Wirtschaftsstandort Frankfurt am Main, Statistischer Bericht 2008, Frankfurt am Main, 2008b.
- Stadt Frankfurt am Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hg.), Einwohner nach Alter 1989-2008, von der Stadt Frankfurt bereitgestellte unveröffentlichte Bevölkerungsstatistiken, Frankfurt am Main, 2009a.



- Stadt Frankfurt am Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hg.), Entwicklung Stadtgebiet 1977-2008, von der Stadt Frankfurt bereitgestellte unveröffentlichte Wirtschaftsstatistiken, Frankfurt am Main, 2009b.
- Stadt Frankfurt am Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hg.), Frankfurter Statistik Aktuell Nr. 06'2009: Gewerberegister Frankfurt am Main 2007 – Wer gründet?, Frankfurt am Main, 2009c.
- Stadt Frankfurt am Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hg.), Frankfurter Statistik Aktuell Nr. 07'2009: Gewerberegister Frankfurt am Main 2007 – Wo wird gegründet?, Frankfurt am Main, 2009d.
- Stadt Frankfurt am Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hg.), Statistisches Jahrbuch Frankfurt am Main 2009, Frankfurt am Main, 2009e.
- Stadt Frankfurt am Main, Bürgeramt, Statistik und Wahlen (Hg.), Frankfurt Statistik Aktuell Nr. 13'2010: Zum Gründungspotential von Ausländer/innen 2008, Frankfurt am Main, 2010a.
- Stadt Frankfurt am Main, Historie, online unter [http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=3949&_ffmpar\[_id_eltern\]=3946](http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=3949&_ffmpar[_id_eltern]=3946) [18.02.2010], 2010b.
- Stadt Frankfurt am Main, Integrationspolitik, online unter <http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2886> [18.02.2010], 2010c.
- Tolciu, A./Schaland, A.-J., Selbständige Migranten in Deutschland, in: Wirtschaftsdienst Vol. 8, Nr. 8, S. 536 – 542, Hamburg, 2008.
- Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH, Service to help you be successful, Broschüre, Frankfurt am Main, 2009.
- Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH, Answers to the ECER survey 2010 on entrepreneurship, Frankfurt am Main, 2010a.
- Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH, Jahresbericht 2009. Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH, Frankfurt am Main, 2010b.
- Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH, *Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH*, online unter <http://www.frankfurt.de/sixcms/detail.php?id=2556776> [18.02.2010], 2010c.



Interviewpartner

Während des Städtebesuchs im März 2010 wurden die folgenden 16 Experten interviewt:

Bayer, Armin, Leiter der Abteilung Wirtschaftspolitik bei der Handwerkskammer Rhein-Main
Bock, Claudia, Mitarbeiterin des Rhein-Main Jobcenters, Beratung von (potenziellen) Unternehmern

Bommersheim, Ellen, Geschäftsführerin von Kompass, Zentrum für Existenzgründungen, und Vorstandsmitglied des Vereins jump (früher: Frauenbetriebe)

Brucker, Constanze, Mitarbeiterin des Instituts für berufliche Bildung, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik (INBAS), verantwortlich für das Projekt IUBA (Internationale Unternehmen bilden aus)

Debus, Martin Dr., Mitarbeiter im Bereich Wirtschafts- und Standortpolitik bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt am Main

Dimpl, Ulrike, Mitarbeiterin im Amt für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) der Stadt Frankfurt am Main, verantwortlich für das Thema Arbeitsmarkt und Integrationskurse

Funedda, Christina, Pressesprecherin der Agentur für Arbeit, Frankfurt am Main

Kara, Hasan, Ausbildungsberater im Geschäftsfeld Aus- und Weiterbildung bei der Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt am Main, verantwortlich für das Projekt IUBA (Internationale Unternehmen bilden aus)

Karahasan, Yilmaz, früheres Vorstandsmitglied der Gewerkschaft IG Metall, Mitglied der SPD, Mitglied der Arbeiterwohlfahrt (AWO)

Klug, Carsten, Mitarbeiter der Wirtschaftsförderung Frankfurt GmbH der Stadt Frankfurt am Main, verantwortlich für Struktur- und Standortpolitik und Marktforschung

Kuntich, Omar, Mitglied im Präsidium der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung (KAV)

Nagel, Helga, Leiterin des Amts für multikulturelle Angelegenheiten (AmkA) der Stadt Frankfurt am Main

Onuk, Barbara, Mitarbeiterin des Rhein-Main Jobcenters, verantwortlich für Migration und soziale Angelegenheiten

Sen, Recep, Arbeitsvermittler bei der Agentur für Arbeit, Frankfurt am Main, verantwortlich für Ausländer und Migranten

Susak, Mario, Vorsitzender der Kroatischen Wirtschaftsvereinigung e.V. (KWVD), Unternehmer mit Migrationshintergrund

Zierner, Frank Markus, stellvertretender Geschäftsführer im Geschäftsfeld Aus- und Weiterbildung der Industrie- und Handelskammer (IHK) Frankfurt am Main

Impressum

Herausgeber:

Stadt Frankfurt am Main, Amt für multikulturelle
Angelegenheiten
Im Rahmen des Projektes CLIP - Cities for Local
Integration Policies
In Zusammenarbeit mit dem europäischen forum
für migrationsstudien (efms), Universität Bamberg

Text:

Doris Lüken-Klaßen und Franziska Pohl (efms)

Druck und Verarbeitung:

Central-Druck Trost GmbH Heusenstamm

Bestellungen an oder Selbstabholung bei:

Amt für multikulturelle Angelegenheiten
Lange Str. 25-27
60311 Frankfurt am Main
Tel. 069/ 212-301 52
Fax 069/ 212-379 46
E-Mail: publikation.amka@stadt-frankfurt.de
Internet: www.amka.de

1. Auflage Mai 2011

© European Foundation for the Improvement of
Living and Working Conditions, Wyattville Road,
Loughlinstown, Dublin 18, Ireland
Alle Rechte vorbehalten.